

# Der Deutsche Metallarbeiter.

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.  
Postzeitungsliste Nr. 1944a.  
Anzeigenpreis die abgetheilte Pettzeile 40 Pfg.  
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:  
Duisburg, Seitenstraße 19.  
Schluß der Redaktion: Montag  
Abend 6 Uhr.  
Zuschriften, Abonnementbestellungen  
sind an die Geschäftsstelle Seiten-  
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

### Wirtschaftspolitische Umschau.

Im wirtschaftlichen Leben löst gegenwärtig eine große Frage von überragender Tragweite die andere ab. Erst hielt uns die Geldversteifung, der ungeheuer hohe Zinssatz in Italien. Dann kam die bange Frage, ob der Stahlwerksverband aufgelöst und eine Periode schrankenlosen Wettbewerbes über uns hereinbrechen werde. Nachdem diese Gefahr glücklich geschwunden war, ist jetzt als drohendes Gespenst am wirtschaftlichen Himmel die Getreidefrage aufgetaucht.

Die Beziehungen zwischen Arbeitslöhnen und den Verhältnissen der Arbeiter einerseits und dem Getreidemarkte andererseits sind mannigfaltiger, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Eine Mißernte, so wie sie leider in Aussicht steht, hat für den Arbeiter sehr hohe Brotpreise im Gefolge. Sie hat ferner zur Folge, daß die Kaufkraft der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit die beste Abnehmerin der Industrie, nachläßt. Ein jüdisches Börsenblatt, das schon Gift und Galle speit, wenn es nur das Wort „Landwirtschaft“ hört, mußte sich in diesen Tagen zu dem Bekenntnis aufschwingen, daß eine gute Ernte die besten Tragballen der Weltkonjunktur seien. Industrie und Handel und damit alle Berufsstände profitieren davon, wenn die Landwirtschaft infolge einer guten Ernte Geld zur Verfügung hat.

Nun stehen wir augenblicklich vor einer Welt-Mißernte. In Deutschland hat der böse Winter sehr schlechte Verhältnisse geschaffen. Rußland ist schon seit 2 Jahren, seit dem Beginn der Revolution, mit seinem Roggen vom Weltmarkt geschwunden und kauft besonders seit Jahresfrist aus Deutschland und Ungarn. In Ungarn hat das Getreide ebenso oder noch mehr unter dem schlechten Wetter dieses Jahres gelitten, als in Deutschland. In den Vereinigten Staaten aber ist das Wetter im April derart ungünstig gewesen, daß der Saatenstand von ca. 90 Prozent auf ca. 82 Prozent des normalen Standes herabgegangen ist, daß ferner eine so starke Auswinterung stattgefunden hat, daß die Ernte in den Vereinigten Staaten um ein volles Fünftel hinter dem vorigjährigen Ergebnis zurückbleiben wird. Als in den beiden Wochen vor Pfingsten diese bedenklichen Meldungen nach Deutschland gelangten, ging der Preis für Getreide schnell auf die ungeheuerliche Höhe von über 200 herauf und zwar auch für Roggen, der heute fast so teuer ist wie Weizen. Diese Preise stehen schon heute für die ganzen Sommermonate so gut wie fest, sodaß der Arbeiter für die nächste Zeit mit sehr hohen Getreidepreisen zu rechnen haben wird. Dazu kommt, daß dieser bedenkliche Ernteausschlag auf unser ganzes gewerbliches Leben und damit auf Handel und Industrie einen sehr gefährlichen Einfluß ausüben muß. Das Geld, das jetzt für Brot mehr ausgegeben werden muß, wird nicht für andere Industrieerzeugnisse ausgegeben. Der Landwirt, der von einer Mißernte betroffen wird, wird sich in seinen Ausgaben und Anschaffungen aufs äußerste einschränken und dabei werden wiederum die Produkte der Industrie es sein, woran gespart werden wird. So ergibt sich aus dieser Erscheinung auf dem Getreidemarkte eine erhebliche Verschärfung der Krisengefahr, mit der wir ungewisselhaft rechnen müssen. Hoffentlich fällt die Ernte auf der südlichen Halbkugel im kommenden Winter — die südliche Halbkugel hat ja die umgekehrten Jahreszeiten wie wir — etwas günstiger aus, damit die hohen Getreidepreise nicht gerade dann die Bevölkerung bedrücken, wenn bis dahin die Konjunktur vielleicht zurückgegangen ist.

Mit der Erneuerung des Stahlwerksverbandes ist die Gefahr beseitigt, daß nun eines Tages im Eisengroßgewerbe ein wütender Wettkampf aller gegen alle entstehen könnte. Die Vorgänge der letzten Monate aber haben auf der anderen Seite einmal die Aufmerksamkeit auf die Gefahren gelenkt, die bei solchen Organisationen für die Uebergangszeit bestehen. Der Vertrag ist endgültig eine einzige Stunde vor Ablauf des alten Vertrages, nämlich des Abends um 11 Uhr, zustande gekommen. Bis dahin wußte niemand, wie die Dinge laufen würden. Den gesamten Angestellten des Verbandes war gekündigt worden, eine Reihe großer Werke hatte sich bereits mit Händlerfirmen in engere Verbindung gebracht, um bei den Verhandlungen einen stärkeren Rückhalt zu haben. So war durch den Ablauf des Vertrages eine monatelange gefährliche Unsicherheit in die Eisenindustrie hineingetragen worden.

Noch eine andere Erscheinung ist bei den Beratungen über den neuen Vertrag des Stahlwerksverbandes zu Tage getreten. Bekanntlich standen bisher nur die westfälischen Stahlwerke in Bochum außerhalb des Verbandes. Bei den Verhandlungen mit ihnen verlangten sie eine Beteiligung von 240 000 Tonnen. Schließlich haben sie sich mit 160 000 Tonnen beschieden. Warum haben sie das getan? An der Berliner Börse erzählte man sich, die Berliner Bankverbindungen dieser Firma hätten sie dazu gezwungen. Das wäre der erste Beleg für die lange gehegte Vermutung, daß unsere rheinisch-westfälischen Großindustriellen in ihrem ungestümen Drang nach Ausdehnung ihrer Unternehmungen in eine sehr bedenkliche Abhängigkeit von den Berliner Banken geraten sind. Daß die Arbeiter für die vielfach sehr skrupellosen Gewaltmenschen der Industrie übermäßige Sympathien hegen, kann man von ihnen wahrlich nicht verlangen, aber wenn die Sorte von Wirtschaftspolitikern, die an den Geldbörsen ihr Wesen treibt, die Gewalt über die Industrie erlangen sollte, dann wäre das direkt ein Unglück für die Arbeiterschaft, für Volk und Vaterland überhaupt. Die Banken bieten den Industriellen das Geld, das die kleinen Geldleute in Stadt und Land in die Depozitenkassen getragen haben oder bei ihnen in Industrierpapieren anlegen. Warum gründet nicht die Großindustrie eine große Bank mit leichtem Verkehr auch für kleine Leute? Der Kredit, den unsere mit allen möglichen mehr oder minder bedenklichen vielfach ausländischen Gründungen besetzten Banken heute haben, wird unsere Industrie schließlich doch auch wohl erlangen können. Mit der Gründung einer solchen Bank wäre denn doch die Sicherheit gegeben, daß nicht eines Tages 3 oder 4 übermächtige Finanzleute hinter einer guten Maske über das Wohl und Wehe der deutschen Industrie beschließen könnten, was zweifellos, wenn die Entwicklung ihren bisherigen Weg weiter nimmt, in wenigen Jahren der Fall sein wird.

Mit der Erneuerung des Stahlwerksverbandes ist natürlich auch das Wiederzustandekommen der kleineren Spezialverbände fast durchweg gesichert. Der Stahlwerksverband wird schon dafür sorgen, daß innerhalb der einzelnen Interessengruppen keine Kleinkriege entstehen.

Was die allgemeine Lage angeht, so zeigen sich hier und da schon dunkle Wolken am wirtschaftlichen Horizont. Es liegt zwar noch ein guter Auftragsbestand vor, der trotz einer kleinen Abschwächung gegenüber den Vorjahren eine längere Beschäftigung garantiert. Es scheint, daß infolge der neuen Zölle der Export ins Ausland bei den Fertigfabrikaten vielfach schwieriger geworden ist. Die Schwierigkeiten auf dem Baumarkt sind für den

großstädtischen Spekulationsbau sehr erheblich, wegerade in der Zeit, da die Bauunternehmer ihre Vorbereitungen treffen mußten, sehr hohe Geldpreise bestanden. Inzwischen ist der Geldmarkt etwas heiler abgegangen, doch kommt das dem Baumarkte nur nützlich zugute. Dazu kommt die Unsicherheit in den Arbeiterverhältnissen, die durch das schroffe Vorgehen der Scharfmacher im Berliner Baugewerbe eine böse Abschwächung des großstädtischen Bedarfs an Baumaterialien bringen können. Dafür scheint aber die Bautätigkeit in den kleineren Orten um auf dem Lande außerordentlich frisch zu sein, so daß die Lage über die Zurückhaltung des Bedarfs auf dem Baumarkte so gut wie ganz verstimmt sind. Nur einzelne Spezialgebiete der Kleinmetallindustrie, besonders die Industrie für Nebenartikel im Baugewerbe, Beschlägen usw., klagen noch. Hier kommt der Wegfall eines Teiles des ausländischen Absatzes in Betracht, weil die Gewohnheiten der einzelnen Völker erheblich dabei mitspielen und viel Artikel, die im Auslande früher einen guten Markt fanden, im Inlande überhaupt nicht abgenommen werden. Man denke z. B. an die feinerzeit auf der Düsselborfer Ausstellung ausgestellten Türschloßer mit Musik. Die läuft natürlich bei uns niemand. Auch die Meldungen aus dem Auslande bestätigen unsere frühere Auffassung, daß der Rückgang, mit dem wir in absehbarer Zeit rechnen müssen, langsam und allmählich eintreten wird. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß er nicht doch noch recht heftig werden könnte.

Natürlich stehen den guten Resultaten der Werke im allgemeinen auch schlechte gegenüber. Die Friedrichs u. Cie. A.-G., die noch im letzten Jahre 10 Proz. Dividende verteilte, ist gezwungen, ihr Kapital von 2 1/2 Millionen auf 1 1/4 Millionen zu verringern. Die Verwaltung sucht das zu begründen damit, daß sie infolge der verspäteten Fertigstellung der Werke in Einwarden ungeheure Konventionalstrafen für die Nichtannahme von Lieferungsfristen habe zahlen müssen. Auch die A.-G. Ferum vorm. Rhein u. Cie. in Harodzie bei Rattowitz hat eine Unterbilanz zu beseitigen, und sie will zu dem Ende ihr Aktienkapital um 600 000 Mk. auf 1 800 000 Mk. verringern. Solche Fälle sind aber im allgemeinen vereinzelt. Auf der anderen Seite stehen vielmehr erhebliche neue Gründungen oder Ausdehnungen von Werken. So erhöht die A.-G. Deutsche Gußstahl- und Maschinenfabrik in Schweinfurt ihr Kapital um 650 000 Mk. auf Mark 2 300 000. Die Firma Henrichel und Sohn in Rassel hat vor kurzem bei ihrer Henrichelhütte in Sattlingen ein Stahlwerk und eine Rodsagfabrik neu angelegt und jetzt will sie neue Koksofen und einen neuen Hochofen bauen.

Die Einzelergebnisse der Werke geben wiederum das prächtige Bild ungeheurer steigender Unternehmensgewinne, das schon seit einigen Jahren zu beobachten ist:

	1905/06	1906/07
Tillmannsche Eisenbau A.-G.	—%	6%
Metallwarenfabrik A.-G., Baer & Stein, Berlin	20	25
Maschinenfabrik vorm. Gebr. Guttsmann, Breslau	1	5
Drenstein & Coppel	14	16
Emallier- und Stanzwerke vorm. Gebr. Ulrich, Weiskammer	5	6
Ofen- und Herdfabrik, F. Rüppers- huch Söhne, Södel		14
Eisenhüttenwerk Marienhütte bei Kogenau	5	8



	1905/06	1906/0
<b>Essenwert L. Meyer jun. &amp; Co.,</b> A.-G., Hatzgerode . . . . .	10%	11%
<b>Chemische Fabrik zu Heinrichshall</b> <b>Waggonfabrik A.-G. in Naftatt</b> . . . . .	9 1/2 "	5 "
<b>Karl Schöning, Glanzgießerei und</b> <b>Werkzeugmaschinenfabrik</b> . . . . .	7 "	7 "
<b>Deutsche Stahlfabrik und Ma-</b> <b>schinenfabrik Schweinfurt</b> . . . . .	6 "	9 "
<b>Krefelder Stahlwerk, A.-G., Krefeld</b> <b>Marzfabrik A.-G. Walde, Bochum</b> <b>Str. Fritz Krieger, A.-G., Düsseldorf</b>	20 "	20 "
		6 "
		2 1/2 "
<b>G.-G. für Eisenindustrie u. Brücken-</b> <b>bau (vorm. Joh. Caspar Hartert)</b> Vorzugsaktie		8 1/2 "
Stammaktie		7 1/2 "
<b>Gebr. Goebhardt, A.-G., Düsseldorf</b>		11 "

### Die Zentralisation der „Gelben“.

Am 18. Mai ist in Hamburg ein sogenannter „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ gegründet worden, der alle „reichstreuen“ Arbeiter unter seiner Fahne vereinigen will. Die Hauptaufgabe dieses sonderbaren Gebildes soll der Kampf gegen die Sozialdemokratie sein. In Wirklichkeit ist es jedoch nur eine Zusammenfassung der bisher noch örtlich isolierten gelben Arbeitswilligenvereine, die in letzter Zeit als legitimes Kind des sozialdemokratischen Radikalismus überall aufzutauchen und das soziale und gewerkschaftliche Leben vergiften. Hinter der neuen Gründung stehen die Scharmacher des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der auch seine Lauspathe nach Hamburg entsandt hatte. Das besagt eigentlich schon genug, denn diese Leute kämpfen angeblich gegen die Sozialdemokratie, meinen damit aber jede freie Regung des Arbeiterstandes, gleichviel ob nun von christlichen oder sozialistischen Arbeitern ausgehend.

Zur Abwehr der sozialdemokratischen Ideen bedarf es keines Bundes vaterländischer Arbeitervereine, auch keiner gelben Streikbrechervereine. Dafür sind die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine die legitimen Organisationen. Aber diese sind den Scharmachern zu selbständig, die positive Arbeit der christl. Gewerkschaften zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist dem Scharmachertum ebenso in Greuel wie das Wirken der Sozialdemokratie und daher müssen neue Gebilde geschaffen werden, die sich als Werkzeuge zur Niederhaltung des eigenen Standes mißbrauchen lassen. Und ein solches Werkzeug ist der in Hamburg aus der Taufe gehobene Bund vaterländischer Arbeitervereine. Wie die Tagespresse zu berichten liebte, sollen demselben etwa ein Duzend „reichstreue“ Arbeitervereine mit zirka 7000 Mitgliedern beigetreten sein. Die Macher rechnen natürlich auf weiteren Zustrom aus dem Lager jener Leute, die — nicht alle werden. Ueber den Verlauf des gelben Kongresses wird berichtet:

Die Verhandlungen eröffnete Schaper (Hamburg) mit einer Ansprache, in der er u. a. ausführte: Unser Hauptfeind ist die Sozialdemokratie! Sie wird uns zunächst mit den Waffen des Spottes bekämpfen, aber vor keinem Mittel zurückzureden, wenn sie sieht, daß es mit unserer Konkurrenz ernst ist. Wir haben Mitglieder bei Organisationen gefunden, wo wir es nicht erwartet hätten, nämlich bei Arbeiterberufsvereinen, die auch ihre patriotische Gesinnung betonen und wie wir die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern wollen (?) Gegen diese Organisationen werden wir friedfertig sein, nicht aus Furcht, sondern weil uns die Sache hochsteht. (Beifall). Gegenüber der Sozialdemokratie aber werden wir, wie die Juden, als sie aus der Gefangenschaft zurückkehrten, arbeiten, in der einen Hand die Gabel, in der anderen Hand das Schwert. Wir wissen, wofür wir zu kämpfen haben: Für Kaiser und Vaterland! Wie das Herr, das die ersten Feindlichen Fahnen sieht, so ernst begrüßen wir diesen Augenblick. Wir wissen nicht, ob wir helfen oder demühten Lagen entgegengehen, aber über allem steht uns die Kreuz zu Kaiser und Reich. (Stürmischer Beifall). Das erlösende Heerat hielt Gustav Ermert, ehemaliger Bergarbeiter, jetzt Sekretär des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Waldenburg i. Sch. Er erläuterte die grundlegenden Bestimmungen des Verbandspatentes, die folgendermaßen lauten:

„1. Der Bund vaterländischer Arbeitervereine hat die Bestimmung, alle in Kreuz zu Kaiser und Reich stehenden deutschen Männer, die zu Unterneh-

mern oder Unternehmungen in einen Lohn- oder Gehaltsverhältnis stehen, ohne Unterschied ihrer kirchlichen oder parteipolitischen Stellung zum Kampfe gegen die politisch wie wirtschaftlich irreführende Sozialdemokratie zu vereinigen. In diesem Sinne betrachtet es der Bund als seine besondere Aufgabe, die Bestrebungen der Arbeitnehmer auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterstützen, aber im ausdrücklichen Gegensatz zu der Lehre vom Klassenhaß und Klassenkampf. 2. Der Zweck des Bundes ist die sittliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Hebung der Lage aller Arbeitnehmer. 3. Der Bund schließt die Erörterung von kirchlichen und parteilichen Fragen aus, wohl aber beschäftigt er sich mit sozialpolitischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, namentlich insofern sie die Verhältnisse der Arbeitnehmer berühren. 4. Insbesondere erstrebt der Bund: a. ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen und zu erhalten, b. etwa entstehende Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Möglichkeit auf dem Wege friedlicher Verhandlung und ohne Arbeitseinstellung zum Austrag zu bringen, c. dem sozialdemokratischen Terrorismus auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete tatkräftig entgegenzutreten. 5. Der Bund wird bestrebt sein und wird in diesem Sinne auch auf seine einzelnen Vereine einwirken, daß jeder Gegensatz zu anderen nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinen vermieden werde; vielmehr soll eine Gemeinsamkeit von Fall zu Fall in Rat und Tat erstrebt werden.“

Der größte Teil dieses Programms ist eitel Geschwätz, wie die Debatte schon ergeben hat, der Hauptmacher oder besser der Haupthandlanger Ermert erklärte sich prinzipiell gegen den Streik. Arbeitgeber und Arbeiter seien natürliche Bundesgenossen“ Dann ereignete sich eine köstliche Szene, hervorgerufen durch einige „Reichstreue“, die nicht aufs Streikrecht verzichten wollten. Darüber wird berichtet:

Höfle-Kiel: Ich kann nur wiederholt davor warnen, daß wir uns in die wirtschaftlichen Kämpfe einmischen. Das sollten wir z. B. den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften überlassen, die schon seit vierzig Jahren in den wirtschaftlichen Kämpfen die Grundsätze verstanden, die wir jetzt aufstellen wollen. Wir können nur ein politischer Kampfbund gegen die Sozialdemokratie sein, sonst treiben wir einen neuen Keil in die nationale Gewerkschaftsbewegung. Wo sich nationale Arbeitervereine als wirtschaftliche Verbände gegründet hätten wären sie nur den Arbeitern in den Rücken gefallen, die ernsthaft an der Verbesserung ihrer Lebenslage gearbeitet hätten. (Lebhafte Beifall, laute Widerspruch). So sei es auf den Hovabtsmerken in Kiel gewesen, bei Siemens-Schudert und in Magdeburg. Der neue Bund dürfe keine Streikbrecherorganisation werden. Kampf gegen die toten Gewerkschaften, aber freiwirtschaftliche Berufsvereine. Keine gelben Gewerkschaften von Streikbrechern. (Anhaltende Unruhe).

Borj. Schaper: Es ist ein unerhörter Vorgang, daß sich nach unseren Friedensversicherungen hier ein Hirsch-Dunderscher unter jählicher Flagge einschleicht, um gegen den Bund Propaganda zu machen. (Beifall). — Höfle-Kiel: Der nationale Arbeiterverein für Kiel und Umgegend von 1898 hat mit die Weisung mitgegeben, falls der Bund vom politischen aufs wirtschaftliche Gebiet übergreift, nicht mitzumachen. — Ermert-Waldenburg: Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine können nichts leisten. Sie liegen seit ihrer Gründung im Sterben und haben keine 100 000 Mitglieder. — Borj. Schaper: Es liegt also so, daß wir einem beabsichtigten Komplott gegen den Bund gegenüberstehen. Mit Leuten, die sich als unsere Güter so unerhört benehmen, distanziert man am besten gar nicht mehr. (Lebhafte Beifall). Ein Schlußantrag wird angenommen.

So vergewaltigten dieselben Leute die Redefreiheit, die sie angeblich gegen den soziald. Terrorismus zusammenschließen wollten. O Ironie des gelben Schicksals!

Zum letzten Punkt der Tagesordnung: Gesetzgebung und roter Terrorismus sprach Schaper (Hamburg) folgende Resolution vor: „Der Druck der Sozialdemokratie auf den einzelnen nicht sozialdemokratischen Arbeiter ist unerträglich geworden. Wir wollen uns nach Kräften selbst wehren, erwarten aber doch, daß die Gesetzgebung endlich aus dem bestehenden Koalitionszwang eine wahre Koalitionsfreiheit herstellt. Diese Forderung wollen wir an Volksvertreter und Regierung stellen. Schenkt man dort kein Gehör, so werden wir an die höchste Stelle

gehen.“ (Lebhafte Beifall). Die Resolution wurde debattelos einstimmig angenommen. Hierauf wurde der bisherige vorbereitende Ausschuß einstimmig zum Vorstand gewählt. Sitz des Bundes soll Hamburg bleiben, weil in Preußen noch die lästige Pflicht zur Anmeldung aller Mitglieder am Orte der Zentralverwaltung besteht (Selbst die braven Gelben fühlen sich in Preußen nicht wohl. Red.) Der Bund soll ferner baldigst eine wöchentlich erscheinende Zeitung herausgeben.

Die „Reichstreuen“ haben also auch Sehnsucht nach einer neuen Zuchtstubevorlage, um die sie sich sogar an die höchste Stelle wenden wollen. In diesem Punkte also auch innige Geistesverwandtschaft mit dem Scharmachertum. Der wahre Charakter der „Reichstreuen“ wird übrigens schon hinlänglich durch ihre ersten Geistesgrößen dokumentiert. Der Vorsitzende Schaper ist nach der Mitteilung unseres Brudervorgans vom christl. Holzarbeiterverband, als Streikbrecheragent bekannt. Und Ermert, der frühere christliche Gewerkschaftler (Siegerländer) ist eine jener Naturen, die nur ein Gefühl des Widerwillens bei selbstbewußten Arbeitern hervorrufen können. Von diesem Ehrenmanne schrieb der soziald. Bergarbeiterführer Hue voriges Jahr in der soziald. Bergarbeiter-Zeitung u. a. folgendes:

„Ermert war es, der aufgefodert an uns (den soziald. Bergarbeiterverband) das ganze Material gesammelt hat, womit wir Brust zusetzen. Von Ermert erhielten wir die Geheimzirkulare, von ihm erhielten wir interne Vorgänge aus Vorstandssitzungen des (christl.) Gewerksvereins, — zwar von Will geschrieben. Der Fuchs suchte bei diesemerrat seine Spuren zu verwischen. —

Durch die Streitigkeiten mit Brust hatte auch der unter Leitung Erms stehende Konsumverein sehr zu leiden und gartete in Zahlungsschwierigkeiten. Deshalb wandte sich der „Verbandsfreund“ und „Pseudozialist“ der heutige Reichsverbändler Ermert, in einem Schreiben am 8. April 1904 an den „sozialdemokratische“ Verband um ein Darlehen von 20 000 Mark. Würde das Darlehen gewährt, schrieb er, würde das zur Förderung dieses und auch ihres Verbandes bedeutend beitragen, oder mit anderen Worten, es sollte zur Verschmelzung der Siegerländer mit dem Verbands führen. Darlehen mußten wir ablehnen, und damit war die Ermerische „Freundschaft“ zu Ende.“

Als es mit dieser klingenden Freundschaft nichts war, ging Ermert zum Reichsverband und später für ein Jahresgehalt (wie verlautet) von 6000 Mk. in die Dienste des schlesischen Magnaten Fürsten Pleß. Solche Leute wollen oder sollen nun „vaterländische“ Gesinnung pflegen. O Jammer und Schmach! Muß da schließlich nicht der Begriff „national“ oder „reichstreue“ und „vaterländisch“ bei jedem ehrlichen und selbstbewußten Arbeiter einen üblen Geruch und häßlichen Beigeschmack bekommen? Wahrscheinlich, ein größerer und gefährlicherer Unfug kann wohl kaum mit der wirklichen vaterländischen Gesinnung der Arbeiter getrieben werden, als wie es hier geschieht. Die christlichen Arbeiter, die ebenso treue Söhne ihres Vaterlandes sind wie die an der gefüllten Krippe des Großkapitalismus sitzenden Handlanger, die aber auch noch nicht vergessen haben, was Staudesehre und Selbstbewußtsein ist, sie danken für solche „Arbeiterfreunde“ und Hurratrioten.

In den Orkus mit diesen Gebilden, die dem Scharmachertum zwei Fliegen mit einem Lappen hauen sollen. Politisch sollen diese „vaterländischen“ Arbeitervereine willenloses Stimmvieh und auf wirtschaftlichem Gebiet die erschritten Streikbrecherkolonnen sammeln. Ein denkender und selbstbewußter Arbeiter wird diesen „Freunden“ mit Nachdruck die Türe zeigen. Wo sie auftauchen und ihr Liebeswerben versuchen werden, da müssen unsere christlich organisierten Arbeiter auf dem Posten sein und ihnen die Maske rückwärtslos herunterreißen.

Einig ist sich die gesamte arbeitstreundliche und objektive Tagespresse in der einmütigen Beurteilung der neuen Gründung, die von allem andern abgesehen, doch nur eine weitere Zersplitterung und Schwächung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist. Am so mehr und peinlicher muß ein Artikel im „Reich“ Nr. 192 überraschen, worin mit der Neugründung unverbohlen geliebäugelt wird. Sollte diese Stellungnahme nicht nur eine Entgleisung sein, ein Ansdusse, das man der Redaktion ins Nest gelegt hat, sondern prinzipielle und wohlüberlegte Stellungnahme — die übrigens zu einem früheren Artikel im „Reich“ in derselben Angelegenheit im Widerspruch stehen würde — dann würde leider in Zukunft auch diese Tageszeitung



zu jener evang. Kreise gerechnet werden müssen, die nicht kalt noch warm sind und aus allen möglichen Blüten politischen Honig säugen möchten. Die Stellung der christlichen Gewerkschaftler zu dem neuen „Arbeitswilligen-Bund“ kann von keiner Seite beeinflusst werden, sie ist von selbst gegeben. Jedem das Seine, den Gelben die Verachtung, und mögen sie sich noch so „reichstreu“ und „vaterländisch“ gebärden.

Nachtrag: Inzwischen hat das „Reich“ im Anschluß an einen ausführlichen Bericht der Hamburger Tagung erfreulicherweise eine andere Stellung eingenommen, indem es seine Freunde bittet, „der Ausbreitung der Schaberei auf das entschiedenste entgegenzutreten.“

### Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat April 1907.)

Der Geschäftsgang in der Roheisenerzeugung war andauernd gut. In Oberschlesien machte sich Arbeitermangel bemerkbar. Im Nordwesten Deutschlands fand ein außerordentlich Wechsel der Arbeiter statt.

Auch die Eisengießereien waren andauernd gut mit Aufträgen versehen, vielfach besser als im Vorjahr zur gleichen Zeit. Aus Mitteldeutschland, Schlesien und Württemberg wird Arbeitermangel gemeldet. Kleinere Lohnerhöhungen fanden teilweise in Eisengießereien von Leipzig und Umgebung statt, in einem großen Münder Betrieb erhielten die Hilfsarbeiter eine Zulage von 10 bis 20 Pfennig. Die Stahlformgießwerke hatten gut zu tun. Auch die im vorigen Bericht aus Oberschlesien gemeldete Abschwächung scheint überwunden zu sein. Besonders in Nordwestdeutschland machte sich ein außerordentlich Arbeitermangel geltend, hier stiegen auch die Löhne weiter.

Die Stahl- und Walzwerke waren andauernd gut beschäftigt. Der schon in den Vormonaten berichtete Arbeitermangel hielt fast allenthalben an.

Im niederrheinisch-westfälischen Bezirk war der Geschäftsgang außerordentlich rege und hielt sich mindestens auf der Höhe des April 1906. Stellenweise wurden die Löhne erhöht. Im Saargebiet hielt der gute Beschäftigungsgrad der Vormonate an. Wie aus einem großen Betrieb berichtet wird, hat der Bedarf an Arbeitskräften nachgelassen, da Mangel an Kohlen die volle Ausnutzung des Wertes beeinträchtigte. Das Angebot an Arbeitskräften erwies sich unter diesen Umständen als ausreichend. Auch die sächsischen Werke waren mit Aufträgen gut versehen. Hier fehlten zahlreiche Arbeitskräfte. Die ober-sächsischen Werke hätten andauernd ebenfalls gut zu tun. Aus einem großen Betrieb wird allerdings berichtet, daß die Aufträge im Vergleich zum Vormonat schwächer eingingen. Der Arbeitermangel der Vormonate hielt an; um die Arbeiter zu halten, fanden vielfach Lohnerhöhungen statt.

In den Röhrenwalzwerken war der Geschäftsgang den Berichten zufolge recht gut. Arbeitskräfte fehlten besonders in Westdeutschland und Oberschlesien. Die Röhrenwalzwerke waren nach den vorliegenden Berichten mit Ausnahme eines gemischten Betriebes gut beschäftigt. Durchgängig zeigte sich großer Arbeitermangel. Aus dem Rheinland wird ein Steigen der Löhne berichtet. Für die Röhrenwalzwerke wird die Beschäftigung als befriedigend bezeichnet. Fortgesetzt wird über Arbeitermangel geklagt, namentlich fehlen geschulte Kräfte.

Die Draht- und ebenso die Drahtstiftfabrikation waren im allgemeinen ziemlich befriedigend beschäftigt. In einer bayrischen Drahtstiftfabrik trat hingegen gegen den Vormonat eine wesentliche Verschlechterung ein.

Die Kleinisenindustrie war wie im Vormonat mit Aufträgen im allgemeinen gut versehen. In Oberschlesien war Arbeitermangel vorhanden. In einem großen Breslauer Betrieb wurden die Löhne der im Stundenlohn arbeitenden Handwerker und Hilfsarbeiter erhöht. Im Rensselder Bezirk ist nunmehr der Raspenhauerstreik beendet. Die Raspenhauer, die eine Lohnerhöhung von 15 Proz. gefordert hatten, erzielten eine solche von 7 1/2 Proz.

Im allgemeinen Maschinenbau hielt die befriedigende Lage der Vormonate an. Nur aus einem ober-sächsischen Betrieb wird ein Nachlassen des Geschäftsganges berichtet.

In den Dampfesselfabriken und Armaturwerkstätten hielt sich der Beschäftigungsgrad auf der Höhe des Vormonats. In- überall machte sich der Arbeitermangel recht fühlbar. Teilweise war auch Ueberarbeit erforderlich. Die Industrie der Wärme-

kräftmaschinen war dem Bericht aus Bayern zufolge im allgemeinen gut beschäftigt, doch ließ der Eingang an Aufträgen zu wünschen übrig. An älteren erfahrenen Arbeitskräften herrschte Mangel. Der Geschäftsgang in der Maschinenbau für landwirtschaftliche Maschinen entsprach dem des Vormonats. Das Angebot an Arbeitskräften deckte stellenweise nicht ganz die Nachfrage. Der Maschinenbau für die Textilindustrie hatte im Berichtsmonat gut zu tun. Mehrfach war im Zusammenhang mit dem Arbeitermangel Ueberarbeit notwendig. Die Berg- und Hüttenwerkmaschinenindustrie war mit Aufträgen reichlich versehen. In einem großen mitteldeutschen Betrieb herrschte Arbeitermangel, sonst könnte die Nachfrage nach Arbeitskräften im allgemeinen gedeckt werden. In der Industrie für Hebezeuge und Transportanlagen hielt die gute Lage der Vormonate durchweg an. Aus einem hannoverschen Betrieb wird ein Mangel an älteren Schloßern gemeldet. sonst deckte das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage. Der Eisenkonstruktions- und Brückenbau war andauernd gut beschäftigt. Vielfach herrschte Arbeitermangel.

Im Lokomotivbau war nach den vorliegenden Berichten der Geschäftsgang gut und fast durchweg besser als im April 1906; es konnte daher vielfach die Zahl der Arbeitskräfte bedeutend erhöht werden. Aus einem Betrieb Hannovers wird Mangel an tüchtigen Arbeitern gemeldet, sonst konnte die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Regel befriedigt werden.

Der Eisenbahnwagenbau war andauernd reichlich beschäftigt. Empfindlicher Arbeitermangel machte sich besonders im Nordwesten Deutschlands geltend. Hier war deshalb auch vielfach Ueberarbeit erforderlich. (Reichsarbeitsblatt).

### Die Haltung der Polizei beim Honigmannschen Streit in Würfel.

Großes Aufsehen hat im vorigen Sommer die Verhaftung des Streikleiters beim Honigmannschen Streit in Würfel erregt, der ohne Angabe von Gründen plötzlich frühmorgens aus dem Bett heraus verhaftet und dann sechs Wochen in Untersuchungshaft festgehalten wurde. Noch peinlicheres Aufsehen rief das Urteil des hiesigen Landgerichts hervor, das über den Streikleiter 4 Monate und 13 weitere Personen je drei Monate Gefängnis wegen angeblichem Landfriedensbruch verhängte. Gegen dieses Urteil, das an drakonischer Schärfe kaum hinter dem ostgenannten Löbtauer Urteil zurücksteht, ist Berufung eingelegt, die noch nicht erledigt ist. Nunmehr hat der Abgeordnete des Landkreises Aachen, Herr Macken, in der Sitzung des Reichstages vom 14. Mai den Fall zur Sprache gebracht und folgendes ausgeführt:

M. G. In aller Kürze möchte ich hier eine Gelegenheit zur Sprache bringen, die ich in Verbindung mit anderen Ausführungen gerne bei der 2. Lesung zum Vortrag gebracht hätte. Leider ist mir durch den Schluß der Debatte dies damals unmöglich gemacht worden. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die auf dem Gebiete des Koalitionsrechtes der Arbeiter liegt. Ich meine den Streit auf der Sodafabrik von Honigmann zu Würfel im Landkreis Aachen. Es haben sich bei diesem Streit Dinge ereignet, die zur Evidenz beweisen, daß der § 153 G.-D. in der heutigen Gestalt unhaltbar ist. Es sind bei demselben insbesondere auch auf dem Gebiete der polizeilichen Maßregeln Dinge vorgekommen, die in den weitesten Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt haben, und die es notwendig machen, in der breitesten Öffentlichkeit diese Angelegenheit zur Erörterung zu bringen. Anfolge dieses Streiks bezw. infolge eines Straßenauflaufs bei dieser Gelegenheit ist ein gerichtliches Strafverfahren gegen den christlichen Gewerkschaftsführer Wilhelm Schümmer aus Würfel und gegen 14 andere Leute, welche aber nicht zu den Streikenden gehörten, eingeleitet worden. Dieses Verfahren ist aber zurzeit noch nicht beendet, weil gegen das den Wilhelm Schümmer verurteilende Erkenntnis der Aachener Strafsammer Revision beim Reichsgericht eingelegt worden. Ich scheide daher z. B. ausdrücklich eine Kritik über dieses Urteil aus, weil noch nicht res judicata vorliegt. Ich will auch nicht davon sprechen, daß das Rgl. Oberlandesgericht Köln wochenlang Zeit nötig gehabt hat, (hört, hört! in der Mitte) um in dieser Sache als Beschwerdegericht einen Beschluß darüber zu fassen, ob der christliche Gewerkschaftsführer Schümmer, der übrigens gut beleumundet und noch nicht verurteilt ist, und dem die Ortspolizeibehörde, der Bürgermeister von Würfel, vor Gericht das beste Führungszeugnis hat ausstellen müssen, aus der Untersuchungshaft gegen Akquisition zu entlassen sei oder nicht. Ich scheide auch alle Begleiterscheinungen des Streiks aus meiner Er-

örterung aus, weil sie mehr oder weniger in das gerichtliche Urteil hineinfallen. Ich bemerke aber ausdrücklich, daß die Ortspolizeibehörde, also in diesem Falle der Bürgermeister von Würfel, vor Gericht hat anerkennen müssen, daß die Streikenden selbst sich musterhaft während der Bewegung verhalten haben. (Hört, hört, in der Mitte.) Daß Ausschreitungen bei solchen Gelegenheiten vorkommen, das ist leicht erklärlich; es gibt immer Elemente, die Freude daran haben, möglichst Schaden auf der Straße bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit zu machen. Ich betone aber ausdrücklich, daß die Streikenden bei diesen Ausschreitungen nicht beteiligt gewesen sind. Ich beschränke mich daher auf diejenigen Momente hier hervorzuheben, welche beweisen, wie sehr recht der Herr Staatssekretär Graf Posadowski hatte, als er bei der 2. Lesung des Stats in die Hause von der „Erbchaft aus dem Nützeng des a. Polzeistaaten“ sprach. Ein krasses, typisches Beispiel will ich den Herren hier vorführen, wie nicht selten unteren Polizeibehörden jedes Gefühl und jedes Verständnis für soziale Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit abgeht. Und doch sollte man meinen, daß Behörden, auch die unteren Polizeibehörden, bei Streikzeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern völlig neutral und objektiv zu verhalten haben (richtig!), daß sie jeden, auch den geringsten Schein Parteilichkeit zu vermeiden haben, und daß sie insbesondere dem Bestreben, das Vereinigungsrecht der Arbeiter zu machen oder zu knebeln, weder direkt noch indirekt, weder offen noch versteckt Vorschub leisten oder sich diesem Bestreben anschließen dürfen.

Was soll man aber dazu sagen, wenn eine Ortspolizeibehörde, wie es hier geschehen ist, bereits bei der eigentlichen Aussand ausgebrochen ist, Gendarmen von der vorgeordneten Behörde sich erbittet und zwar für den Morgen des Tages, der auf den Abend folgt, an dem die Kündigungsfrist der Arbeiter abgelaufen war. In diesem Morgen erschienen in aller Frühe etwa um 5 Uhr, ein halbes Duzend Gendarmen in dem Ort und postierten sich in Begleitung der Ortspolizeiorgane in den Straßen und besonders in der Nähe der Fabrik auf, und kurz nachher wurde dieses Aufgebot noch durch ein weiteres halbes Duzend Gendarmen verstärkt. Das erinnert unwillkürlich und lebhaft an Vorgänge beim Ruhrarbeiterstreik. Alles war in Würfel in Ruhe, nur die Ortspolizeibehörde war in Unruhe (Heiterkeit), ähnlich wie damals beim Ruhrarbeiterstreik, wo ein Bürgermeister auf die Anfrage der höheren Behörde antwortete: „Alles ist hier ruhig, nur die Polizei ist unruhig.“ (Heiterkeit.) Wußt denn das nicht gerade herausfordernd auf die Arbeiter, auf die Bürgerchaft auf das ganze Volk wirken! Wie das gewirkt hat, das beweist am besten ein Stimmungsbild, welches ein Heber nicht dem Arbeiterstande angehört, damals Aachener „Volksfreund“ veröffentlicht hat. Hieraus möchte ich Ihnen einige Sätze zur Kenntnis bringen. Es heißt dort:

„Die Bewegung bei der Firma Honigmann war von einem wirtschaftlichen Kampfe mehr und mehr einem erbitterten Klassenkampf aus. In steigendem Maße tritt an Stelle des Interesses für wirtschaftlich Fortschritt Erbitterung, und das nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern in weiten Schichten der Bürgerchaft. Erst die schroffe Haltung von Seiten der Firma gegenüber der Arbeiterchaft . . . dann kam das Gebot der Aachener Behörde, das der ganzen Bewegung künstlichen Charakter einer halben Revolution aufbrachte und das erst mit Recht die Leute in die Straße zog. Dann kam das „überschneidige“ Auftreten einzelner dieser Herren Gendarmen. Einer sagte den Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes, Herrn Schümmer an die Brust, als er in Herzogenrath zu den ankommenden Holländern sprechen wollte. Andere ritten zweimal ins Volk, als dies sich um die am Montag eintreffenden Italiener drängte. Wieder andere verböten den Streikposten, mit den neu eintreffenden Leuten zu sprechen, nahmen sich selbst dagegen die Freiheit, die Ankommenden zur Arbeit bei Honigmann aufzufordern. Die Erregung in der Bürgerchaft ist gewaltig.“

Und erst die äußerst merkwürdige Art und Weise der Verhaftung des Gewerkschaftsführers Schümmer hören Sie auch hier den Aachener „Volksfreund“:

„Heute früh 5 Uhr wurde der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Herr Wilhelm Schümmer, aus dem Bett heraus von zwei Gendarmen und einem Polizeidiener verhaftet und in das Polizeigewahrsam gebracht. Gegen 8 Uhr wurde er von zwei Gendarmen in das Untersuchungsgefängnis nach Aachen gebracht.“ — Das ist ein Weg von ungefähr einer Stunde. — Ein Grund wurde bei der Verhaftung nicht angegeben. Es verlautet, daß Schümmer beschuldigt wird, Straßenaufläufe aus Anlaß des Streiks in der chemischen Fabrik von Honigmann veranlaßt zu haben.“



Sollte nochmals hervor, daß Schümmer nicht vorbestraft und ein unbescholtener Mann ist.

„Erregte schon das Bekanntwerden der Verhaftung Schümmers unter so eigenartigen Umständen — wie ein Nachverdächtiger schwerer Verbrecher wurde er aus dem Feste geholt — Aufsehen, so wurde das Aufsehen noch erhöht durch den Transport Schümmers nach Aachen. Inmitten eines Gendarmen zu Fuß und eines Gendarmen hoch zu Ross wurde der Verhaftete über die Straße geführt; es hätte bloß noch gefehlt, daß ihm Ketten angelegt wurden.“ (Hellerkeit.)

Meine Herren, solche Vorkommnisse tragen doch wahrlich nicht dazu bei, die Gemüter zu beruhigen und den sozialen Frieden zu fördern; sie müssen geradezu aufreizend wirken. Braucht man sich denn da zu wundern, daß man damals allgemein in Würfeln die Ansicht äußern hören konnte, die Verhaftung des Gewerkschaftsführers Schümmer mache den Eindruck, als ob sie nicht so sehr aus landespolizeilichen Gründen erfolgt sei, als vielmehr, um den „verhassten“ Gewerkschaftsführer im Interesse des mächtigen Arbeitgebers unschädlich zu machen. (Hört, hört! in der Mitte.)

Ich sollte doch meinen, wenn auch das vergilbte Rüstzeug des alten Polizeistaates noch in der Rumpelkammer hängt, dann müßte man es doch peinlichst vermeiden, dieses Rüstzeug in der Form hervorzuholen, wie es hier in diesem Falle geschehen ist. In dieser Beziehung wäre bringend zu wünschen, daß von Seiten der höheren Behörden endlich einmal strikte Weisungen an die unteren Behörden ergingen im Sinne der damaligen Erklärung des Herrn Staatssekretärs Graf von Posadowski. Fast macht es den Eindruck, als ob es noch unter Polizeibehörden gäbe, — sei es nun ein Landbürgermeister oder ein sonstiges Polizeiergan, — die dem Staate einen besonderen Dienst zu erweisen glauben, oder die sich sogar Liebfind nach oben machen wollen, und meinen bei den vorerwähnten Behörden eine besonders gute Note sich zu verdienen, wenn sie möglichst scharf und schroff gegen die Arbeiterverbände auftreten.

Diesem großen Irrtum der Herren — denn ich kann doch nur annehmen, daß es sich um einen wirklichen Irrtum handelt, — sollte man doch endlich einmal durch eine unmissverständliche Erklärung und Aufklärung von oben herunter die Spitze abbrechen!

Das läge im Interesse des Friedens; das läge im Interesse des arbeitenden Volkes und damit auch im Interesse des gesamten Volkes. (Beifall in der Mitte.)

Hierzu schreibt noch ergänzend der Aachener Volksfreund:

Soweit die Ausführungen des Herrn Abg. Raden, die, so kurz sie auch mit Rücksicht auf die Schließung des Reichstages gehalten sein mußten, dennoch den Kern der Angelegenheit klar hervortreten ließen: Die Haltung der Polizei war derart, daß der Eindruck der Parteilichkeit zu Gunsten des Unternehmers hervorgerufen wurde. Bekanntlich hat die Abholung und das Geleit der von der Firma Honigmann angeworbenen Poliermeister vom Bahnhof Herzogenrath nach Würfeln durch Gendarmen und einen Privatangehörigen der Firma Honigmann sowie die Bemühungen der Gendarmerie bei Ankunft des Italienertransportes einen der Verteiliger im Landfriedensbruch-Prozess Schümmer und Genossen zu der Äußerung veranlaßt, die Gendarmen hätten sich als Angestellte der Firma Honigmann betrachtet. Der Herr Staatsanwalt hat darauf erklärt, daß die Gendarmen nach ihrer Inspektion gehandelt hätten; der Herr Bürgermeister von Würfeln hat unter seinem Zeugeneide ausgesagt, daß die den Gendarmen erteilten Instruktionen vom Landratsamt ausgegangen seien. Daraus hat der „Volksfreund“ in seiner Besprechung des Urteils den Schluß gezogen, daß also das Landratsamt dafür verantwortlich zu machen sei, wenn sich die Gendarmen als im Dienste der Firma Honigmann stehend betrachtet hätten. Darauf haben das Landratsamt und der Herr Regierungspräsident gegen den Reklameur des „Volksfreund“ Einspruch wegen Beleidigung gestellt. Die diesbezügliche Vor dem Schöffengericht anberaumte Verhandlung ist verlagert worden bis zur Entscheidung der Revision Schümmer, die am 24. Mai vor dem Reichsgericht ansteht, an des die Akten abgehandelt waren. Diese Seite der Angelegenheit hat Herr Abg. Raden im Reichstage, offenbar mit Rücksicht darauf, daß die Sache noch nicht gerichtlich ansgetragen ist, nicht näher berührt, das verhält sich zum mindesten nicht. Die Hauptfrage ist, daß die höchste soziale Instanz des Reiches nunmehr Anlaß hat, sich mit der Haltung der Polizeigewalt im Falle Honigmann zu Würfeln zu beschäftigen. Seitens des Staatssekretärs ist eine Antwort auf die Rede des Herrn Abg. Raden nicht erfolgt. Wir hoffen aber, daß das Reichsamt des Innern den typischen Fall zum Anlaß nehmen wird, um dafür zu sorgen, daß eine Haltung der Polizeigewalt unterbleibt, die den Eindruck der einseitigen Begünstigung des Unternehmers erweckt

und dadurch nicht zum Frieden, sondern zur Mehrung der Erbitterung auf Seite der Arbeiter beiträgt.

Die Revision gegen das Urteil des Aachener Landgerichts ist am 24. Mai von dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts verworfen worden. Damit ist das fürchterliche, strenge Urteil bestätigt, daß über 14 Personen, darunter sogar eine 60-jährige Frau, 3 resp. 4 Monate Gefängnis ausgesprochen hat. Wir kommen in der nächsten Nummer noch auf die Sache zurück.

### Christliche Gewerkschaften und Handwerksgehilfen.

Bei der gegnerischen Stellung eines großen Teils der Handwerksmeister gegen unsere christlichen Gewerkschaften, sowie der unläugbaren Tatsache, daß die freien Gewerkschaften über 50 Prozent der Handwerksgehilfen ihrer Organisation zugeführt haben, mag es angebracht erscheinen, der Frage, ob die gegnerische Stellung der Handwerksmeister gegenüber den christl. Gewerkschaften berechtigt ist, näher zu treten. Die im Verlage des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften (Köln, Palmstr. 14) erschienene Broschüre von R. Liegeat: „Sollen sich die Handwerksgehilfen den christlichen Gewerkschaften anschließen?“ bringt über diese Frage sehr gediegenes Material und können wir dieselbe den Handwerksgehilfen (und Meistern, D. Red.) nur zum eifrigsten Studium empfehlen.

Von vornherein möchten wir betonen, daß das Streben der Handwerksgehilfen nach Selbstständigkeit bei uns genau so gefördert wird, wie bei den organisierten Handwerksmeistern. Wenn z. B. die christl. Organisationen Sektionen für das Kleingewerbe gründen, so geschieht das nicht zuletzt, um den Kollegen Gelegenheit zu geben, sich auch über berufliche Fragen auszusprechen, Fachbibliotheken anzuschaffen, den Fachunterricht zu fördern usw. Dieser Fachunterricht, wie Rechnen, Messen, Durchführung usw., kann in diesen Sektionen gepflegt werden, wo nicht diese Frage schon von den Gesellenvereinen gelöst wird. Wir kommen in weiteren Artikeln auf diese Sache noch zurück, für heute wollen wir aus unserer Erfahrung als Handwerksgehilfen das vielgenannte Wort: Standesbewußtsein der Handwerksgehilfen kurz behandeln. In der „Westdeutschen Gewerbezeitung“ Nr. 27, Jahrg. 1904 (Organ der Handwerker-Junungen Westdeutschlands Düsseldorf) heißt es unter anderem:

„Die Gewerkschaften sind gut für Industriearbeiter und Tagelöhner, aber unsere Gesellen gehören nicht hinein. Der Geselle, der von seinem 17. Lebensjahre ab bis zur Zeit seiner Selbstständigmachung einer Arbeiterorganisation angehört hat, besitzt dann eine wesentlich andere Auffassung von Standesehre wie wir als Handwerker sie uns vorstellen.“

Leider gibt der Verfasser nicht an, wie er sich die Standesehre der Handwerksmeister vorstellt, oder wie die Auffassung von der Standesehre des Gesellen, der einer Arbeiterorganisation angehört, aussieht. Aus dem Leben eines gewanderten organisierten Handwerksgehilfen hier einige Beispiele, wie traurig es mit dem Handwerk bestellt und wie traurig es darum auch mit der Standesehre der Gesellen aussieht.

Ein junger organisierter Schlossergehilfe kam nach P., fand dort Arbeit bei 6 Mk. Wochenlohn und die Kost. Das Dach des Schlafzimmers, wo derselbe mit 2 Lehrlingen schlief, war gefahrde geplatzt, und (es war kurz vor Weihnachten) jeden Morgen lag der Schnee mehrere Zentimeter hoch auf Bettende und Fußboden. Morgens gab es Kaffee — Wasser möglichst kochend, damit der Gaumen verbrüht und kein Geschmeck mehr vorhanden war. Dieses auf Wahrheit beruhende Bild könnte noch weiter ausgemalt werden, (Namen stehen Interessenten gern zur Verfügung) wollen aber davon absehen.

Nur die Frage? wo bleibt da das Standesbewußtsein der Gesellen? und des Meisters nicht minder? Bei dem betreffenden Gesellen bestand es darin, daß er, gestützt auf seine Organisation, die Mißstände besonders im Interesse der Lehrlinge, die unter diesen Umständen schon Jahre litten, abzuhelfen sich bemühte und dafür natürlich von dem Herrn Kunstschlossermeister schamlos entlassen wurde. Auf seiner weiteren Wandererschaft kam obiger Geselle dann nach S. In einer Werkstelle mit 6 Lehrlingen, 3.20 Mk. Verdienst pro Tag, bei 11stündiger Arbeitszeit, fand er Arbeit. Das Werkzeug war einfach miserabel. Die Lehrlinge froh bis zum

äußersten, sie bezahlten noch eine gewisse Summe zu ihrer Lehrzeit, damit hatten sie nach ihrer Meinung auch das Recht und brauchten nichts zu lernen. Wo in einem solchen Betriebe, bei miserabler Arbeitsmethode, noch das Standesbewußtsein bleiben soll, die Frage wollen wir lieber unerörtert lassen.

Weiter kam unser Geselle nach D. am Rhein. Hier hat er nun während seiner 8jährigen Tätigkeit einen tiefen Einblick in die Verhältnisse im Schlossergewerbe getan. Wo, wie es in D. der Fall ist, die Schlossermeister unter sich so uneins sind, wo sie durch gegenseitiges Preisheruntertreiben, durch ein raffiniert ausgeklügeltes System, die Gesellen zu möglichst großer Arbeitsleistung, bei Löhnen von 22—38 Pfg. pro Stunde heranzuholen wissen, kann von Standesbewußtsein der Gesellen keine Rede sein. Höchstens besteht der Stolz der Gesellen darin, in ihrer Organisation einiger dazustehen, wie die Herren Meister. Und wenn nicht gerade der Rhein eine so große Anziehungskraft auf die wandernden Gesellen ausübte und damit die Schlossermeister in D. fortwährend ihr patentiertes Arbeitsnachweisystem im Ganzen behielten, würde man sie schon längst gezwungen haben, etwas mehr Standesbewußtsein im richtigen Sinne zu zeigen. Oder hebt es auch, das Standesbewußtsein der Gesellen, wenn dieselben 3—4 Jahre gelernt haben und dann mit Löhnen von 25—35 Pfg. an Neubauten arbeiten, wo die Handlanger 45—50 Pfg. verdienen? Weit dem Standesbewußtsein ist es also vorläufig wahrhaftig noch schlecht bestellt.

Zunächst Handwerksgehilfen, Kollegen, schließt euch dem christlichen Metallarbeiterverbände an, er ringt euch bessere Löhne und ein menschenwürdiges Dasein durch die Organisation, damit ihr euch vor „Industriearbeitern und Tagelöhnern“, wie die Westd. Gewerbeztg. so nett schreibt, nicht mehr zu schämen braucht, und werdet dann, erfüllt mit dem Standesbewußtsein eines organisierten Arbeiters. So hielten es unsere Kollegen im goldenen Mittelalter, so kanns auch jetzt wieder werden. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Ein Kassenkopf in D.

### Soziale und gewerkschaftliche Standschau.

#### Belohnung

#### für Preisgabe des Koalitionsrechtes.

Die Firma Orth u. Thomas, Emaillierverk in Edesheim scheint kein ganz ruhiges Gewissen bezüglich der bei ihr herrschenden Arbeitsverhältnisse zu haben. Sonst könnte sie nicht eine solche Angst vor dem christlichen Metallarbeiterverband an den Tag legen. Durch Anschlag hat sie ihren Arbeitern nämlich folgendes bekannt gegeben:

„Veranlaßt durch die Bestrebungen des Zentralverbandes christl. Metallarbeiter erklären wir hiermit, daß wir jeden der Organisation nicht beitretenden Arbeiter, bei Ausbruch eines Streiks, auch für den Fall er nicht von uns beschäftigt werden kann, den vollen seither bezogenen Lohn auszahlen, was wir jedem einzelnen Arbeiter auch auf Wunsch schriftlich bestätigen werden.“

Edesheimer Emaillierverk.

Orth und Thomas.

Edesheim, 27. April 1907.“

Und einen — allerdings sehr ungewissen — Judaslohn sollen die Arbeiter also ihr gesellschaftlich gewährleitetes Koalitionsrecht preisgeben, sollen sich zu willen- und wehrlosen Fabrikflaven herunter würdigen. Was würde die Firma wohl sagen und alle Scharsmacher, wenn die Arbeiter ihrerseits einem Arbeitgeber gegenüber eine derartige Zumutung stellen würden? Der Anschlag obiger Firma ist wieder ein klassisches Zeugnis für die soziale Rückständigkeit mancher Unternehmer, für ihre der Provokation entsprechende Rücksichtslosigkeit den Arbeitern gegenüber. Derartige Klässe wie obiger von der Firma Orth und Thomas sind jedoch dazu angetan, den denkfaulen Arbeitermassen die Augen zu öffnen und sie in ihre Organisation hineinzutreiben. Und so werden sich auch die christlichen Metallarbeiter in Edesheim jetzt erst recht nicht durch süße Versprechungen einlassen und sich ihr vornehmstes Recht um einen Judaslohn abkaufen lassen, sondern sich samt und sonders dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen. Arbeit wird die Organisation dort genug vorfinden, sonst würde die Firma Orth und Thomas nicht solche Anstrengungen machen, um dem christl. Metallarbeiterverband niederzuhalten. Ihr Verhalten wird aber das Gegenteil erwidern und sie



erweisen als ein Teil jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft. Kollegen und Kolleginnen, hinein in die Organisation, Euch zu Nutz, den Scharmachern zum Trug!

### Die „unpolitischen“ Gelben.

Die in Hamburg zentralisierten „reichstreuen“ gelben Gewerkschaften sollen laut Statut „unpolitisch“ sein. Wie es damit bestellt ist, verriet unvorsichtigerweise ein Delegierter aus Bayern, Dr. Mainer-Bamberg schon auf dem Festbankett, an dem auch ein Generalmajor als Abgesandter des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie teilnahm. Dr. Mainer sagte in einer Ansprache, „aus Bayern würden mehr „nationale“ (auf Deutsch: Gelbe) Delegierte erschienen sein, wenn nicht zur Zeit wegen der bayerischen Landtagswahl zum scharfen Kampfe gegen Schwarz und Rot jeder nationale, d. h. Liberale und freiheitliche Arbeiter notwendig wäre.“ Der Mann war sehr gut informiert, wie folgendes Ufas des Arbeitswilligenvereins der Augsburger Maschinenfabrik beweist:

Arbeiter-Verein vor Werk Augsburg.  
Augsburg, den 17. Mai 1907.

#### Landtagswahl.

An unsere werten Mitglieder!

(Gültig, soweit wahlberechtigt).

Wir erachten es für unsere Pflicht, gleich wie bei der letzten Reichstagswahl, auch bei der bevorstehenden Landtagswahl unsere Mitglieder zu ermahnen, wie unser Verein vor und seit seiner Gründung von der zentrums- und sozialdemokratischen Partei und deren Abgeordneten auf die größtmögliche Weise angegriffen und beleidigt wurde, und daß es deshalb keines unserer Mitglieder mit seiner Ehre vereinbaren kann, die vom Zentrum und von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Landtagsabgeordneten zu wählen!

Damit sich unsere Mitglieder ein richtiges Bild machen können über das Eintreten von Zentrum und Sozialdemokratie im Reichs- und Landtag hinsichtlich Vertretung der Arbeiterinteressen, empfehlen wir dringend, die jetzt schon stattfindenden verschiedenen Versammlungen der liberalen Partei fleißig zu besuchen.

Freundlich grüßend

Arbeiter-Verein i. m. Werk Augsburg. (E. V.)

Der stellvertretende Vorsitzende der Vorstandschaft:  
Wilhelm Schwinger.

So sieht die politische Neutralität der Gelben aus. Unfertwegen müßten diese Leute wählen wenn sie wollen, auch agitieren für wen sie wollen, aber dann nicht die Heuchlermaske der Neutralität vorbinden. Daß diese Arbeitswilligenvereine nicht nur Streikbrecher-Kolonnen, sondern auch politisches Stimmvieh dem Scharmachertum abgeben müssen, haben wir ja schon wiederholt betont und ist uns nichts neues; gewissen Leuten in Augsburg ist diese Bescherung übrigens zu gönnen, die sie die „unpolitischen“ Werkvereine in ihren konfessionellen Arbeitervereinen selbst haben züchten helfen und sich bis dato noch nicht von denselben losmachen wollen. Darum nur weiter so; wie die Saat, so die Ernte.

### Die rote „Erbfände“

Ist der maßlose Radikalismus, der von den sozialdemokratischen Führern der Massen im Laufe der Jahre anezogen wurde und jetzt den eigenen Führern über den Kopf wächst. Daß diese „Erbfände“ der deutschen Arbeiterschaft unberechenbaren Schaden gebracht hat und noch ferner bringen wird, haben wir schon oft betont. Jetzt hat bei der Berliner Bauarbeiterbewegung dieser Radikalismus wieder seine zweifelhaften Trümmer gefeiert. Gegen das dringende Abtraten der sozialdem. Führer haben die radikalen Elemente ihren Willen durchgesetzt und den Kampf heraufbeschworen. Die eigenen Verbandsbeamten wurden in den entscheidenden Versammlungen in ehrenrühriger Weise beschimpft. „Herunter von der Bühne“, „Flammfächer“, „Verräter“, „blaue Lappen“ (darunter sind Hundertmarkscheine als Bestechungsgelder gemeint) usw. könnte ihnen in zukunftsstaatlicher Bräuberlichkeit von ihren eigenen Genossen entgegen. Das ist selbst dem „Grundstein“ Organ des soziald. Bauerverbandes zu stark und er wendet sich in scharfen Worten gegen diese bedenklichen Disziplinlosigkeiten. Dabei kommt auch das Eingeständnis, daß es sich hier nicht um einen Einzelfall handelt, sondern um eine fortlaufende

Erscheinung im sozialistischen Lager. Der Grundstein schreibt, nachdem er die Vorgänge in Berlin scharf gerügt hat:

„Aus langer, schmerzlicher Erfahrung heraus sprechen wir über ein Unwesen, das sich bis jetzt wie eine Art Erbfinde in der Arbeiterbewegung, in der Gewerkschaft und in der Partei erhalten hat: das Unwesen, führende und sonstige ehrenhafte Leute, die sich mit ihren Urteilen und Ratsschlägen in prinzipiellen und taktischen Fragen in Widerspruch setzen mit Ansichten und Absichten, die jeweilig Obervasser haben oder zu gewinnen suchen, dahin zu verächtigen oder gar zu beschimpfen, daß sie sich von verwerflichen Ansichten, von schlechten Motiven und Absichten leiten lassen. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung weist leider gar so viele Fälle dieser Art auf, daß unter wahrhaft drastische. Es sei erinnert an die ungerechten, gehässigen Angriffe, schlimmen Verdächtigungen und Beschimpfungen, denen vor kaum zwei Jahren in öffentlichen Versammlungen und in der Presse die Genossen ausgesetzt gewesen sind, die gewichtige Bedenken trugen, sich zu der von gewisser Seite mit einem wahren Fanatismus propagierten Idee des politischen Massenstreiks zu bekennen. Sie haben ja allerdings ihre Rechtfertigung erfahren, aber trotzdem bleibt solche Art und Weise, den Meinungsstreit zu führen, tief bedauerlich.“

Sowohl, tief bedauerlich sind diese Erscheinungen, aber auch noch mehr, sie sind auch furchtbar gefährlich für die ganze Arbeiterbewegung. Die Scharmacher wissen Kapital daraus zu schlagen, wie es auch jetzt wieder in einem Leitartikel der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ geschieht und die Gewerkschaftsbewegung selbst muß einem innern Verfall entgegen gehen, wenn das überall Platz greifen könnte. Den sozialdemokratischen Führern und Organen kommt diese Einsicht leider recht spät, denn sie selbst tragen die Verantwortung für diese Dinge. Sie ernten jetzt, was sie gesät, die Geister, die sie riesen, werden sie nun nicht los. Das ist die „Erbfinde“ des alles zeretzenden sozialistischen Massenkampfsprinzips, das jeder positiven Gewerkschaftsarbeit und jeder Disziplin schmerzhaft zumwiderläuft. Hinweg daher mit dieser falschen Lehre! Bauen wir die christlichen Gewerkschaften zu einem ausfallgebenden Machtfaktor aus; nur dadurch werden wir die rote „Erbfinde“ in der deutschen Arbeiterbewegung unschädlich machen können.

### Die Gewerkschaften sind die Partei.

Auf der Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes in München kam der Verbandsvorsitzende Schlichte in seiner Eröffnungsrede auch auf das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften zu sprechen und sagte nach einem Bericht des „Vorwärts“ folgendes:

„In München sei der klassische Boden, auf welchem der Beweis erbracht sei, daß es einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften nicht gebe. Eine gegenteilige Behauptung sei nicht beweiskräftig. Die Gewerkschaften sind die Partei.“

Der letzte Satz wird vom „Vorwärts“ in Fettbuch hervorgehoben, um die Wichtigkeit desselben augenfälliger zu machen. Schlichte geht hier noch weiter wie Bömmelburg, der auf den freien Gewerkschaftskongressen den Satz geäußert hat: „Partei und Gewerkschaften sind eins“. Trotz alledem aber gehen die „freien“, Agitatoren mit der Neutralitätsmaske noch fortwährend auf den Mitgliederfang aus. Obigen Ausspruch des Vorsitzenden Schlichte müssen unsere Kollegen den Neutralitätsheuchlern a la Eukner, Schinger usw. entgegenhalten, wenn sie wieder unversoren genug sind, sich in in der Agitation als die „Neutralen“ auszuspielen, um die glücklich gesinnten Arbeiter in ihre Netze zu locken.

### Einladung zur 3. Westdeutschen Konferenz der evangelischen Arbeitervereinsmitglieder und der evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.

Besondere Umstände haben uns veranlaßt, die nächste Konferenz schon am 23. Juni abzuhalten. Von gewisser Seite werden wieder einmal Anstrengungen gemacht, die Arbeiterschaft mit zweifelhaften Neugründungen zu beglücken, um dadurch die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung zu untergraben. Demgegenüber gilt es, für die Geschlossenheit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung entschieden einzutreten.

Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: 1. Konstituierung der Versammlung. 2. „Gelbe Gewerkschaften“ (Referent: Gewerkschaftssekretär Wil-

helm Wallbaum-Bielefeld. 3. Freie Aussprache. 4. Die vaterländischen Arbeitervereine (Referent: Arbeitersekretär Herrn. Kaffenbeul-Essen. 5. Diskussion.

Da zwei sehr wichtige Thematata zur Verhandlung stehen, die eine eingehende Aussprache notwendig machen, so erwarten wir, sowohl aus evangelischen Arbeitervereinskreisen wie aus den Kreisen der christlichen Gewerkschaften, eine starke Beteiligung. Insbesondere werden die Vorsitzenden und Beamten des Rheinisch-Westfälischen Verbandes und des Bodumer Verbandes der evangelischen Arbeitervereine, sowie die Leiter und Vorstände der Einzelvereine ebenso dringend wie freundlich eingeladen. Die Einzelvereine und die Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften bitten wir, Delegierte zu entsenden. — Die Versammlung findet statt am 23. Juni, nachmittags von 2 Uhr ab im Evangelischen Vereinshaus in Essen-Ruhr, am Hauptbahnhof.

Mit deutschem Gruß: Franz Behrens, Essen-N. M. d. R. Herrn. Kaffenbeul, Essen-Ruhr, Bischofsstraße 2.

## Streiks und Lohnbewegungen.

### Die Aussperrung der Metallarbeiter im Maingebiet

wird jedenfalls Tatsache werden. Die Unternehmer lehnen es scharf ab, mit den Arbeitern zu verhandeln. Was aber einstimmige Beschlüsse der Unternehmerverbände für praktischen Wert haben, ersieht man aus folgender Mitteilung in sozialdemokratischen Blättern:

In einem sehr höflichen Schreiben des Bezirksleiters des Deutschen Metallarbeiterverbandes an den Verband der Metallindustriellen in Frankfurt a. M., hat dieser um einer persönlichen, unverbindliche Aussprache über die schwebenden Differenzen. Die Unternehmer stellen sich aber auf den brutalen Herrinhause- Standpunkt und lehnten den Vorschlag des Bezirksleiters rundweg ab. In dem Antwortschreiben heißt es:

„... teilen wir Ihnen mit, daß wir Ihrem Wunsche um Herbführung einer persönlichen Aussprache zwischen Ihnen und uns über die in den Offenbacher Maschinenfabriken zwischen den Arbeitgebern und ihren Arbeitern entstandenen Streitigkeiten nicht zu entsprechen vermögen, da unser Verband nach wie vor irgend welche Verhandlungen zwischen Vertretern der Organisationen oder auch nur unter Zuziehung von solchen als Berater oder Zuhörer ablehnt.“

Damit vergleiche man den Beschluß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller vom 20. März d. Js., der dahin geht, mit freigewählten Kommissionen der Arbeiter unter Hinzuziehung eines Beraters zu verhandeln. — In Mitteldeutschland wird es mithin zu einem schweren Kampf in der Metallindustrie kommen, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind.

Freiburg i. S. Als ein Gewaltakt gewerkschaftlicher Art stellt sich das Gebahren der Freiburger Genossen bei der gegenwärtigen Blechnerbewegung dar. Im Verlauf dieses Frühjahrs traten die Blechner an die Organisationen heran zwecks Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse. Schon hierbei zeigte sich die „Arbeiterfreundlichkeit“ der sozialdemokratischen Führer im wahren Licht. Statt ein gemeinsames Zusammengehen zu fördern, wurde mit den schärfsten Mitteln gearbeitet, um ein Zusammengehen mit unserm Verbands zu hintertreiben. Wie sehr die Genossen fürchteten, daß ihre herrlichen Taten etwa aufgedeckt und dadurch die eigenen Leute kopfscheu würden, zeigte im grellsten Lichte eine öffentliche Versammlung, welche unsererseits für die Blechner in den „Peterhof“ einberufen wurde. Durch strenges Verbot wurden die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes von dieser Versammlung abgehalten, an allen Ecken waren Posten aufgestellt, damit ja kein rotes Schäflein vom Weg abkomme. Da sage denn noch jemand der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband betreibe keine Agitation nicht großartig! —

Wir reichen daraufhin für unsere Kollegen selbständig die Forderungen ein. Die Arbeitgeber sind bereit, den Forderungen näher zu treten und glaubten den Abschluß auf gültigem Wege am besten dadurch zu erzielen, daß sie beide Organisationen zur gemeinsamen Verhandlung zuzogen. Wer das nun zu vereiteln suchte, waren die Genossen; was gelten den Leuten Arbeiterinteressen, wenn der Machißkel und Hochmutsdünkel dabei keine Orgeln feiern kann. Mögen sich die Genossenschaftler der Blechnergehilfen das hinter die Ohren schreiben, wer andern eine Grube gräbt, fällt gar oft selbst hinein. Wenn die Familienväter unter den Blechnern das nicht verantworten wollen, dann mögen sie



Ihren roten Führern lehren, was Solidarität der Arbeiterklasse heißt. War es schon ein Schauspiel für die Arbeitgeber, was sich die Genossen bei Beginn der Verhandlung leisteten, so noch weit mehr die Dinge, welche bei dieser Gelegenheit an den Tag kamen, die verdienen, öffentlich festgenagelt zu werden. So äußerte sich der Sprecher der Genossen, sie wollten deshalb nicht mit uns verhandeln, weil sie sich nicht unsern Kommentaren in unserm Organ aussetzen wollten. (Hat der aber ein gutes Gewissen?) Ein anderer meinte, die Christlichen würden in ihrem Blatt ja von Erfolg sprechen, das sollten sie von Freiburg nicht sagen können. Ferner, die Christlichen hätten ja doch niedrige Forderungen gestellt wie ihr Verband. Daraufhin erklärte ein Arbeitgeber: „Mein, meine Herren, die Christlichen haben zum Teil gerade unter Punkt Zuschläge höhere Forderungen gestellt, wie der sozialdemokr. Verband. Als wenn eine Bombe eingeschlagen würde das Wort sozialdemokratischer Verband auf die Genossen. Drei oder vier riefen: wir sind nicht sozialdemokratisch. (Vor einigen Tagen sagte aber der freie Verbandsvorsitzende Schilde in München: „Die Gewerkschaften sind die Partei.“ Der wird es doch besser wissen, wie so ein konfusier kleiner Geist in Freiburg.) Die Arbeitgeber suchten den Genossen nachzuweisen, daß sie das Recht, die Solidarität, mit Füssen treten durch ihre Handlung. Darauf die Ausruf: das geht uns wenig an. Tadel wollen die Genossen das Patent der Arbeitervertreter heißen.

Mit Widerwillen und einem Gefühl des Abscheues wird jeder ehrliche Arbeiter und Arbeiterfreund diese Zersplitterungsarbeit der fanatischen Genossen betrachten müssen. Hinaus deshalb aus dieser Gesellschaft, ihr Kollegen, die es ehrlich meint und eure Lage mit anständigen Mitteln zu heben sucht. Schließt euch dem christlichen Metallarbeiterverband an, dort werdet ihr das finden, was ihr von einer wahren Berufsorganisation erwarten könnt.

**Der Niesenkampf im Berliner Bauwerke**

Ist seit Pfingsten zur Laßade geworden. Die radikale Strömung im sozialdemokratischen Lager ist über die Köpfe der eigenen Führer hinweg Sieger geworden und hat den Kampf durchgesetzt. Ein trübes Blatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung! Daß es die berufsmäßigen Scharfmacher auch nicht an Provokationen der Arbeiter fehlen lassen, ist ja nicht weiter verwunderlich. Seit den Pfingstfeiertagen sind die Bauarbeiter ausgeperrt. Ihre Zahl wird von der einen Seite mit 55 000, von Seiten der beteiligten Arbeiterorganisationen aber bedeutend niedriger angegeben. — Wird dieser Kampf länger dauern, werden auch andere Berufe in Mitleidenhaft gezogen. Die Metallindustriellen Berlins haben ja schon vor Ausbruch des Kampfes den Bauunternehmern ihre tatf. ärtige Unterstützung zugesagt und stehen mithin auch Metallausperrungen bevor. Welche Dimensionen der Kampf noch annehmen wird, läßt sich z. B. noch gar nicht beurteilen. — Die in Arbeit stehenden Mitglieder der soziald. Verbände zahlen einen Extrabeitrag von täglich einer Mark oder sechs Mark wöchentlich, um die Kriegskosten aufzubringen. Eine Opferwilligkeit, die alle Anerkennung verdient.

**Ein Tarifvertrag**

**im Düsseldorfer Hufschmiedegewerbe**

Wurde nach zügigem Ausband der Gesellen mit den Hufschmiedemeistern seitens des christlichen Metallarbeiterverbandes abgeschlossen. Mit Ausnahme von zwei sind sämtliche Hufschmiede im christlichen Metallarbeiterverband organisiert. Die Bedingungen, wie sie nunmehr festgelegt sind, bedeuten für die Gesellen einen gewaltigen Schritt auf- und vorwärts. Schon seit Jahren war es offenes Bedürfnis, Handel zu schaffen, weil einerseits die Schmutzkontingent in diesem Gewerbe zu einer Virtuosität sich entwickelt hatte, gegen die selbst die Meister, welche es ehrlich mit ihrem Beruf meinten, machtlos waren; andererseits aber auf, deshalb, weil die Kollegen unter den denkbar kverwürstlichen Verhältnissen sich abzumühen genötigt waren. Die geringen Löhne der Gesellen für die schwer- arbeitsreiche Tätigkeit und lange Arbeitszeit, wie selbst die Hufschmiedemeister es unumwunden eingestanden, waren das naturwunderliche Produkt der unerhörten Schmutzkontingent und Preisdrucker.

Den „Genossen“ waren die Zustände, unter denen die Hufschmiede stützten, bekannt, denn der Zentralverband der Schmiede (freier) hat hier in Düsseldorf seinen Gauleiter sitzen, dessen Tätigkeit sich lediglich für die Gau- und sonstigen Schmie-

erschöpft. Getan wurde aber: von jener Seite nichts, in ihren Versammlungen schimpften sie wüthlich über die bösen Christlichen, die nicht zu allem Ja und Amen sagen, was die Genossen für gut halten. Wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die Genossen, weil ihnen die außerordentlich mißlichen Zustände nicht verborgen waren, gerade deshalb die im Hufschmiedegewerbe Betätigten sich selbst überließen, weil nach „Genossenberechnung“ dieselben früher oder später unbedingt bei der „alleinsetigmachenden“ Sozialdemokratie landen würden. Es ist aber auch möglich, daß man, ob dem geschwundenen Renomee der Genossen hier in Düsseldorf und Umgebung, zu ängstlich war, irgend etwas von größerer Tragweite zu unternehmen. Ein diesbezüglicher Verlegenheitserguß bringt das hiesige soziald. „Spektakelblatt“ genannt „Volkszeitung“, indem sie schreibt: „Die Hufschmiede kommen meistens aus ländlich frommen Gegenden und sind deshalb für die freien Gewerkschaften nicht erreichbar.“ Dankend haben wir dieses Geständnis des Genossenblattes quittiert und hinzugefügt, daß dieses auch wohl der Grund ist, weshalb von jener Seite in der denkbar gemeinsten und verräterischsten Art gegen die Bewegung gearbeitet wurde.

Man vergegenwärtige sich: 1. In einer öffentlichen Versammlung des sozialdem. Schmiedeverbandes, an der neben zwei „freien“ auch eine Reihe christlich organisierter Hufschmiede teilnahmen, wurden die ersteren durch den Blanchenführer der christlichen Schmiede eingeladen zu einer Versammlung, woselbst die Forderungen beraten wurden. 2. In der Versammlung haben die „freien“ (ganze zwei Mitglieder) die Forderungen von Punkt zu Punkt mit beraten und dafür gestimmt. 3. Um eine einheitliche Aktion zu veranstalten, wurde unsererseits von den zwei „freien“ einer in die Lohnkommission genommen. 4. Dieses eine „freie“ Kommissionsmitglied brachte es fertig, in der ersten gemeinschaftlichen Sitzung mit den Meistern, den von der gesamten Gefellenschaft, (die zwei „freie“ mit eingeschlossen) normierten Lohnsatz von 58 Pfg. pro Stunde auf 50 Pfg. pro Stunde zu erniedrigen und den übrigen Kommissionsmitgliedern die Annahme von 50 Pfg. zu empfehlen. 5. Der christliche Metallarbeiterverband war deshalb gezwungen, im Interesse der Hufschmiedegesellen dieses „freie“ Lohnkommissionsmitglied zu keiner Sitzung mehr zuzuziehen, sondern die Verhandlungen mit den Meistern allein zu führen. 6. Der soziald. Schmiedeverband, dessen Gauleitung und das hiesige Genossenblatt haben bei dieser Bewegung den Unternehmern Handlangerdienste geleistet, wie sie schämmen und offenkundiger niemals zu Tage getreten sind, indem in einer Reihe von Artikeln, die teils von der Gauleitung des Zentralverbandes der Schmiede unterzeichnet waren, die Unternehmer gewissermaßen dazu angereizt wurden, die Forderungen abzulehnen, da es dem christl. Verband nicht ernst sei mit der Bewegung und er lediglich Mitglieder jangen wolle; dieses Treiben der Genossen wurde fortgesetzt, während der ganzen Kärbigungszeit. 7. In der letzten entscheidenden Zentralversammlung der Meister, bei welcher auch der Bezirksleiter Broich des christl. Metallarbeiterverbandes anwesend war, und wo man bis tief in die Nacht üb. die Forderungen der Gesellen debattierte, ist es unzweifelhaft, zum Ausdruck gekommen, daß man von „freier“ Seite versucht hatte, auf die Schmiedemeister einzuwirken, denn im Sinne des herausgewinnlichsten „freien“ Kommissionsmitglieds wurde von einem Meister empfohlen, den roten Verband auch mit anerkennen zu wollen, weil, so meinte der Meister, sie besser dabei führen. (?) (Dieser Meister ist nämlich der Arbeitgeber des von uns, bitteren Erfahrungen wegen, abgelehnten „freien“ Lohnkommissionsmitglieds. D. Graf.)

Aus vorstehenden Punkten mögen die Kollegen allerorts ersehen, wie überaus nachsichtlich der christliche Metallarbeiterverband gegenüber dem sozialdemokratischen, der nur mit zwei ganzen Schmiedegesellen in Frage kam, im Interesse der Bewegung sich verhalten hat; daß ferner aber auch, wie ungemein rüchlos und verwerflich, ja sogar bewußt arbeiterverräterisch der sozialdemokratische Schmiedeverband, dessen Gauleitung, seine Mitglieder und das hiesige Genossenblatt „Volkszeitung“ bei Bewegungen und Kämpfen das Wohl und die Interessen der Arbeiter mit Füßen treten, falls sie nicht an fahrender Stellung stehen. Die Genossen arbeiten kaltblütig und bewußt auf das Scheitern einer Bewegung hin, die nicht in ihren Händen liegt, um nachher sagen zu können: Seht, Arbeiter! was die Christlichen können? um diese so in ihr Lager zu bekommen.

Trotz der vielseitigen Maßnahmen der „Genossen“ bei dieser Bewegung, ist der Sieg, den der christliche Metallarbeiterverband errungen hat, ein so glänzender, wie er wohl selten zu konstatieren ist. Bedenkt man, daß die Hufschmiede bei 11 und 12-stündiger Arbeitszeit bisher Wochenlöhne von 18 bis 27 Mark erhielten und vergleicht hiermit das Tarifliche Abkommen der beiden Organisationen, des christlichen Metallarbeiterverbandes und der Vereinigung Düsseldorfer Hufschmiedemeister, so muß auch der ehrliche Gegner sagen, daß hier ein großes Werk geschaffen ist, welches Meistern und Gesellen zum Segen und zum Nutzen und Frommen gereichen wird. Das Resultat der langwierigen Verhandlungen ist folgender Vertrag:

**Arbeits- und Tarifvertrag für das Hufschmiedegewerbe in Düsseldorf.**

Zwischen der Vereinigung Düsseldorfer Hufschmiedemeister einerseits und dem christlichen Metallarbeiter-Verband andererseits ist folgender Vertrag geschlossen:

1. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden pro Tag, von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr inkl. ¼ Stunde Frühstück-, 1½ Stunden Mittags- und ¼ Stunde Vesperpause.
2. An den letzten Arbeitstagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten endet die Arbeitszeit spätestens um 6 Uhr bei voller Auszahlung des Lohnes.
3. Ueberstunden sind statthaft in unvermeidlichen Fällen. Für Ueberarbeitszeit bis zu ¼ Stunde wird nichts bezahlt, bis zu ½ Stunde die Hälfte des vereinbarten Stundenlohnes und über diese Zeit hinaus der vereinbarte volle Stundenlohn und 20 Pfg. extra.
4. Sonntagsarbeit muß abgeschafft werden, wo sie geschieht, wird sie mit einem Zuschlag von 50 Prozent vergütet.
5. Der Lohn für einen ausgelernten Schmie soll im ersten Jahre nach Uebereinkunft geregelt werden, darf jedoch im ersten halben Jahre nicht weniger als 36 Pfg. und im zweiten halben Jahre nicht weniger als 38 Pfg. pro Stunde betragen. In Fällen, wo ein junger Mann seiner Unfähigkeit bewußt sich dem Meister anbietet, behufs Weiterbildung, kann ebenfalls der Lohn nach Uebereinkunft geregelt werden. Im übrigen beträgt derselbe für den ersten Gesellen 56 Pfg., für den zweiten Gesellen 46 Pfg. und für den dritten Gesellen 42 Pfg. pro Stunde. Wo bereits höhere Löhne bestehen, dürfen dieselben nicht gekürzt werden.
6. Der Kost- und Logizwang muß aufhören und darf dies nur unter ausdrücklichem Einverständnis der Gesellen vereinbart werden, wo es zurzeit nicht anders möglich ist. Für diesen Fall ist für Kost und Logi nicht mehr wie 11,— Mk. zu berechnen. Des ferneren ist für jeden Gesellen dann ein Bett zu beschaffen und dürfen keine zwei zusammen in einem Bett schlafen.
7. Der Lohn ist des Samstags jeder Woche und zwar während der Arbeitszeit auszuzahlen.
8. In jeder Werkstätte soll eine Arbeitsordnung schriftlich ausgehängt werden, bei deren Ausarbeitung die Gesellen zu hören sind.
9. Schaffung eines Kleiderraums für die Gehülfen in den Werkstätten, desgleichen ein Verbandskasten mit genügendem Verbandszeug.
10. Zur Verhütung oder Beilegung von Streitigkeiten ist eine paritätische Schlichtungskommission, bestehend aus 3 Arbeitgeber bzw. deren Vertreter und 3 Arbeitnehmer bzw. deren Vertreter unter dem Vorsitz eines Unparteiischen zu bilden. Wird die Schlichtungskommission auch nur von einem Teile angerufen, so hat dieselbe innerhalb einer Woche zusammen zu treten.
11. Die Gültigkeit dieses Vertrags beginnt am 1. Juni 1907 und endet am 31. Mai 1909. Wird 6 Wochen vor Ablauf dieses Termins der Vertrag nicht gekündigt so läuft er stillschweigend 1 Jahr weiter. Jede Partei ist für sich bejugt zur Kündigung.

Düsseldorf, den 15. Mai 1907.  
Für die vereinigten Hufschmiedemeister:  
Gabriel Höpener.  
Für den christlichen Metallarbeiter-Verband:  
Peter Broich.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewerben ist jede Woche vor Verhandlung ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Solingen.** Die Firma Hammesfahr hat ihre Arbeiter ausgeperrt, auch die Mitglieder unseres Verbandes.

**Offenbach.** Tarifbewegung in der Maschinenindustrie. Die Arbeiter stehen im Ausstand.

**Magdeburg.** Die Kleinapnergehülfen stehen im Streik. — Bei der Firma Abers (Metallwerke) Streik ausgebrochen.

**Werdohl.** Bei der Firma Colmann u. Comp. stehen die Arbeiter im Streik.



**Wormen.** Die Nlemengangschlosser stehen im Streit. Aussperrung angekündigt.

**Schweningen (Württemberg).** Bei der Firma Joh. Fackle, Metallwarenfabrik, sind Differenzen ausgebrochen.

**Einlage.** Differenzen wegen Maßregelungen. Aussperrung sämtlicher Arbeiter angekündigt.

**Buzug ist fernzuhalten.**

**Bekanntmachung.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 2. Juni der dreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 9. Juni 1907 fällig.

**Ausgeschlossen aus dem Verband** wird das frühere Mitglied Ludw. Waldner, Buchnummer 7011 wegen unkollegialem Verhalten und groben Verstoßen gegen die Pflichten eines Gewerkschaftlers auf Antrag der Dr.-Gruppe Köln.

**Erwerblosmeldung.** Auf einer Karte, die weder Ortsnamen noch Unterschrift trägt, wird das Mitglied Kaspar Kettenmeier erwerbslos gemeldet. Derartige Meldungen sind wertlos, weil wir nicht wissen, zu welcher Gruppe das Mitglied gehört und an wen die Anweisung zur Auszahlung gesandt werden soll. Wir fordern nun nochmals auf, alle Meldungen, Bestellungen und sonstige Schriftstücke mit Ortsnamen, Unterschrift und Stempel zu versehen, andernfalls dieselben unberücksichtigt bleiben und in den Papierkorb wandern.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

**Aus dem Sauerlande.** (Hinaus in die Ferne.)

Der Mai ist gekommen und dieser schöne Monat lockt gar manchen jungen Menschen hinaus in die Freiheit. Es ist recht so, denn, wenn Gott will eine Günst erweisen, den schickt er in die weite Welt. Die jungen Leute müssen wissen, daß überall Brot gebaden wird. Man em blüht in der Fremde sein Glück, welches er in der Heimat vergebens zu erringen strebt. Besonders auch in gesundheitlicher Beziehung ist eine Luftveränderung sehr zu empfehlen. Ferner ist es für den Großstädter eine Wohltat, ab und zu von dem Hasten und Ringen der Großbetriebe auszuspannen und in ländliche Bezirke sein Arbeitsfeld zu verlegen. Für Kollegen der ländlichen Bezirke ist ein Arbeitswechsel, besonders jungen Leuten sehr zu empfehlen, um ihr Wissen im Berufe zu bereichern. In der heutigen Zeit ist Wissen unbedingt nötig, besonders in unserer mannigfaltigen Metallindustrie. Es kann jungen Leuten nicht genug anempfohlen werden, sich gründlich auf allen Gebieten auszubilden. Sehr oft macht man die Wahrnehmung, daß immer mehr tüchtig ausgebildete Kräfte gesucht werden. Ferner ist allen Kollegen eine schöne Gelegenheit gegeben, als richtiger Gewerkschaftler auch sein Glück in der Agitation zu versuchen.

Unsere wanderlustigen Kollegen möchten wir aus bestimmten Gründen das Sauerland empfehlen. Dort sind großartige Natursehenswürdigkeiten, sowohl an den Ufern der Ruhr, wie an der Venne. Es bietet sich auch Arbeitsgelegenheit für alle Berufe. Überall trifft man wohl keine Ortsverwaltung unseres Verbandes, doch dieses können die Kollegen leicht abhelfen. Die sauerländische Gewerkschaftsbewegung hat mit der christlichen Richtung ihren Aufschwung erhalten, doch infolge Streiks und der Verschmelzungsbewegung ist ein erheblicher Mitgliederverlust eingetreten. In dem Bezirk Neheim-Hüsten waren schon über 1000 Metallarbeiter organisiert und heute kommen die Leute nicht mal mehr zu den Versammlungen. Da muß neues Leben hin, frisches Blut muß von draußen herein kommen. Die Kollegen sind an sich irre geworden, sie sind in Verzweiflung geraten. „Es ist nichts zu machen“, sagen die meisten und legen sich aufs Stroh. Sollen diese 4 bis 5000 Metallarbeiter nicht noch mehr versinken, dann Kollegen besucht das Sauerland und begeistert die uns zugehörigen und doch so fernstehenden Berufsgenossen für die christl. Gewerkschaften, damit ein wirklicher Frühling auch hier einkehre.

**Sulzbach (Oberpfalz).** Am Sonntag, den 12. Mai hatte unser Verband hier eine öffentliche Volksversammlung einberufen. Circa 300 Personen hatten sich im evangelischen Vereins Hause zusammengefunden. Die Tagesordnung lautete: Wozu eine christliche Ge-

werkschaftsbewegung? Der 1. Redner Koll. Vindner-Mürnberg machte unter anderem folg. Ausführungen: Das Erwerbsleben hat h. u. t. auch in der ländlichen Bevölkerungsschicht allerorts eine gewaltige Umwälzung erfahren; Industrie hat vielfach die Landwirtschaft verdrängt. Die modernen Großbetriebe ziehen gleich einem Magnet alle irgendwie brauchbaren Arbeitskräfte in ihren Bereich. Die abhängige und machtlose Stellung, sowie die oft so traurige Lage der Arbeiterschaft drängt letztere naturnotwendig zum Zusammenschluß. Das Jahr 1868 gebar die Zwillinge der sozialdem. und Hirsch-D. Gewerkschaften. Die christliche Arbeiterschaft schloß sich später in christlich-soziale Vereine zusammen, aus denen heraus sich die konfessionellen Arbeitervereine entwickelten. Dieselben haben heute noch mehr wie je in der Festigung der Lebensanschauung und der geistigen Aufwärtsbewegung des Arbeiterstandes hochwichtige Aufgaben. Der immer brutaler auftretende Klassenkampf der sozialdem. Gewerkschaften zwang die christlichen Arbeiter, sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete eigene Organisationen zu gründen. Der Vorwurf der Arbeiterzerplitterung fällt deshalb auf die Urheber zurück, die zwar heute noch so unbestritten sind — wenn zweckmäßig. — Neutralität zu heucheln. Die christlichen Gewerkschaften wollen im Rahmen von Gesetz und Recht eine Besserung der Lage des Arbeiterstandes herbeiführen. Eine geschlossene Organisation muß nicht minder die Triebfeder der sozialen Gesetzgebung sein. Die Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft wird zumeist als Zufriedenheit ausgelegt. Eine Arbeiterschaft die sich resigniert in alles hineinfindet, ohne Hand anzuzeigen, verdient kein besseres Dasein. Eine bessere Zukunft bringt nur die Selbsthilfe durch die Organisation.

Den Ausführungen des 2. Referenten Kollegen Konrad-Mürnberg sei folgendes entnommen: Die Industrialisierung hat bei ihren Vorzügen auch ihre schwere Schattenseite. Das Familienleben wurde vielfach zerrüttet. Das „traute Heim“ sieht oft recht traurig aus, kein Wunder, wenn sich der Familienvater im Wirtshause oft behaglicher fühlt. Die Lohnverhältnisse stehen selten im Einklang mit der verteuerten Lebenshaltung. Die Arbeiterschaft der Maghütte-Rosenberg gehört hauptsächlich zu jener Arbeiterkategorie, die im Nebenberuf noch Landwirtschaft betreibt. Damit die Haupterwerbsquelle im Großbetrieb wurde die Landwirtschaft vernachlässigt, und ist deshalb zur Ernährung nicht mehr ertragsfähig genug. Was wurde dafür eingetauscht, als man den Pflug in der Erde stehen ließ? Man hat vielfach vergessen, daß die Arbeit im Hüttenbetrieb ganz andere Anforderungen an die Gesundheit stellt. Nicht zu unter schätzen sind die wachsenden Unfallgefahren. Wie Kollege Giesberts im Reichstage ausführte, sind in Südwestdeutschland auf 1000 Personen 195 Unfälle gemeldet im Jahre 1905.

Die christlich organisierte Arbeiterschaft erstrebt die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Träger dieser Bestrebung ist die Organisation; Bindeglied zwischen Arbeiter- und Arbeitgeber der Arbeiteraus-schuss. Von einem Untergraben der Autorität kann ebensowenig die Rede sein, als bei einer Volksvertretung im monarchischen Staate. Im Gegenteil, der christlich organisierte Arbeiter erient neben Rechten auch Pflichten an. Kann der Arbeiter durch die Arbeiteraus-schuss-Organisation bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse mitbestimmend eingreifen, so wird die Arbeitsfreudigkeit gehoben. All diese Momente mußten in der Arbeiterschaft das Gefühl der Zusammengehörigkeit auslösen.

Die Spaltung der deutschen Gewerkschaften muß als bedauerlich bezeichnet werden. Daran trägt aber die Sozialdemokratie die Schuld. Der Streik auf der Maghütte Gaidorf charakterisiert die „positive“ Arbeit der sozialdem. Gewerkschaften. Die gemeine Kampfweise gab Veranlassung, in einem Flugblatt die Taktik jener Leute bloßzustellen. Als ein wichtiges Moment darf die soziale und gewerkschaftliche Schulung nie außer Acht gelassen werden, denn nicht jeder, der den bunten Rock trägt, ist ein tüchtiger und brauchbarer Soldat. Ueber jähwige Demun-gianten und charakterlose Schmarotzer geht eine standesbewusste Arbeiterschaft zur Tagesordnung über. Die wirtschaftliche und geistige Hebung ist und bleibt somit der christlichen Arbeiterbewegung vorbehalten.

In der Diskussion betonte Herr Präses Eril, daß auch in Sulzbach-Rosenberg die evangelische und katholische Arbeiterschaft sich schon auf gewerkschaftlichem Gebiete zusammengefunden hätte, auch weislos auch funderhin einig daran festhalten würde. Redner kennzeichnete dann noch die Kampfweise der sozialdem. Gewerkschaften, denen hier jedoch die Helle davonschwimmen würden.

Herr Dr. Pfeifer als Vorstand des evangelischen Arbeitervereins skizzierte den christlichen Geist in Gegensatz von Haß und Gewalt stehend, deshalb könne auch nur die christliche Lebensanschauung die Gewerkschaftsbewegung Richtung und Dichtung geben.

Gegner meldeten sich nicht zum Wort, notierte aber desto fleißiger. Nachstehende Resolution fand einstimmig Annahme: Die am 12. Mai im evangelischen Vereinshaus tagende, öffentliche Volksversammlung anerkennt für die wirtschaftlichen Verhältnisse die dringende Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Sie verurteilt auf das entschiedenste die Taktik des soz. Metallarbeiterverbandes bei dem Streik auf der Maghütte Gaidorf. Wirkliche Interessenvertretung erachtet sie den christlichen Metallarbeiterverband, und verpflichtet sie zu dessen Förderung durch Massenbeitritt. Das Schlusswort des Referenten bildete den würdigen Abschluss der Versammlung, die unserem Verband wieder einen erfreulichen Zuwachs brachte. Kollegen beackert den Boden, damit die Früchte desto schneller reifen.

**St. Ingbert.** Der letzte Bericht in unserem Verbandsorgan scheint seinen Zweck nicht verfehlt zu haben. Auf dem Stahlwerk, in der Schlosserei nebst Dreherei, wo monatlich 40 Schichten und noch mehr gemacht wurden, begann der Obermeister bei einigen Arbeiter (weil er ihnen gut wollte?) eine Verkürzung herbeizuführen, andere jedoch, mußten nach wie vor Sonntag und Werktag weiter arbeiten. Man sollte es kaum für möglich halten, daß es Arbeiter geben kann, die, weil sie nicht mehr die Zahl von ca. 100 Stunden in der Woche aufbrachten, unserem Verbands den Rücken lehrten. Daß bei einer solchen Schichtenbummelei die Direktion noch nicht eingegriffen hat, ist unbegreiflich! denn ein Arbeiter, der wöchentlich 3 bis 4 Nebenschichten macht, kann unmöglich viel leisten. Solche Arbeiter die in der Gnadenstunde der Obermeister einherwandeln, werden trotz ihrer Schwinderei gehegt. Der meisten Arbeitern wäre es genehm, wenn sich die Direktion dazu verstehen würde, das Geld, das für solche Nichtstuerer bezahlt wird, dem täglichen Arbeitsverdienst beizumessen, denn in weniger Schichten könnte dieselbe Arbeit geleistet werden. Hoffentlich werden auch für die Schmarotzer einmal andere Zeiten kommen, wo sie ihr trauriges Handwerk zum Schaden der Arbeiter nicht mehr ausüben können. Ehrliche Arbeiter gehen den geraden Weg und werden ihre Sache offen und ehrlich vertreten in der Organisation, im christl. Metallarbeiterverband.

**Hildesheim.** Sonderbare Zustände sind in letzter Zeit hier eingetreten. Nach dem für die Formner und Giebereiarbeiter der Firma Seuling durch den gut verlaufenen Streik, welcher auch den sonst dort beschäftigten Schlossern, Drehern und sonstigen Arbeitern eine wesentliche Erhöhung ihres Lohnes brachte, scheint man jetzt von seiten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Hauptstelle Hildesheim, eine sonderbare „Spartaktik“ einschlagen zu wollen.

Die eingangs erwähnte Fabrik fuhrt hundert Schlosser bei gutem Lohn und dauernden Arbeitsverhältnissen. Auch die anderen Fabriken sind voll beschäftigt und es ist hier wohl für Metallarbeiter Beschäftigung zu erhalten. Leider müssen wir gestehen, daß es nicht überall glänzend steht mit den Lebensverhältnissen. Hier sind noch Betriebe vorhanden, in denen recht traurige Zustände herrschen. Besonders ist dies die Firma Gebr. Brossen, Maschinenfabrik, die von all den Fortschritten auf sozialem Gebiet keine Ahnung hat oder nichts wissen will. Hier mangelt es an vielem. Wajcheinrichtungen sind gar nicht vorhanden, einen Arbeiteraus-schuss kennt man nicht, Kleiderschränke nehmen zu vielen Platz weg. Löhne von 28, 30 und 40 Pfennig pro Stunde sind gang und gäbe. Am schönsten ist die Einrichtung des sogenannten Affordaufschlages zum Lohn. Jede Arbeit wird mit der nötigen Dreherei in Afford hergestellt, ein ordnungsmäßiger Affordschlag aber in der Schlosserei nicht vereinbart, sondern nach Fertigstellen der Arbeit ein Zuschlag zum Lohn gegeben. Wo Affordschläge vereinbart sind, werden dieselben nicht ausgehangen. Dieses geschieht alles in einem Betriebe, in welchem dreiviertel der Beschäftigten im sozialdem. Metallarbeiterverbande organisiert sind.

Zu den aufgezählten Missetaten kommt aber noch hinzu, daß man auch dazu übergegangen ist, Streitarbeit zu liefern, trotzdem die Leitung der hiesigen Zahlstelle des sozialdem. Metallarbeiterverbandes hiervon genau unterrichtet sein soll. Dies verhält sich folgendermaßen:



In Nienburg an der Saale streifen laut Sperrbericht der Metallarbeiterzeitung die Formner und Hieserarbeiten. Jeder Kollege wird nun wissen, daß Streikarbeit für die Nienburger Maschinenfabrik nicht gemacht werden darf. Darum klemmt sich der hiesige Lokalbeamte Herr Jänisch aber anstehend nicht, sondern er läßt von den im sozial. Metallarbeiterverband organisierten Formnern ruhig Streikarbeit herstellen, weil er befürchtet, die Formner könnten aus dem Verbanne austreten. So wird mit Wissen dieser Gewerkschaftsbeamten unter der falschen Flagge eines Eisenhändlers in Nienburg bei Streikarbeit hergestellt. Dieser Tatbestand ist von den sozial. Vertrauensleuten der Pforstschischen Maschinenfabrik festgestellt und dem Herrn Jänisch mitgeteilt worden. Was ist geschehen? Seit circa 3 Wochen noch nichts.

So etwas sollte einmal im christlichen Lager vorkommen! Welches Gebrüll würde sich wohl im „Volkswillen“ erheben? So aber schweigst man und betreibt mit Lügen über den christl. Metallarbeiterverband den Mitgliederjag weiter!

So wie dieser Beamte, so sind auch seine Schützlinge; eine Solidarität kennen diese nicht. Hierzu folgender Fall:

Gegenüber der Pforstschischen Maschinenfabrik liegt die Maschinenfabrik für Motorenanlagen und Landwirtschaft E. Wilmorn. Auch hier sind die Löhne ausbesserungsbedürftig. Arbeiterausfluß und Wascheinrichtungen fehlen vollständig. Im übrigen ist es wohl zum aushalten, wenn die Wünsche der Arbeiter beim Betriebsleiter besser berücksichtigt würden. Die meisten Arbeiter sind organisiert zu drei viertel in sozial. Verbänden. Außer einigen Werkstattbesprechungen, in denen recht hohe Töne angeschlagen wurden, geschieht hier nichts.

Nun ist die Gießerei zu klein um allen Bestellungen gerecht zu werden, welche bei der Firma einlaufen. Die Firma hilft sich, indem sie einen Teil der Aufträge für Gießmaschinen bei der Firma Pforstsch geben läßt. Trotzdem nun die dort beschäftigten Formner genau wissen, wie viel für einen Couprettor bezahlt wird, bringen sie diese modernen Vertreter von Gleichheit und Brüderlichkeit doch fertig, das Stück „zwei Mark“ billiger zu liefern. Da hört sich denn doch alles auf, nur man unwillkürlich ausrufen; erst das Herstellen von Streikarbeit bei organisierten Kollegen mit Wissen des Lokalbeamten und dann das Herunterdrücken von Abordpreisen in einer erschreckenden Weise.

Das ist die praktische Arbeit der Genossen, so lösen sie ihre hochschönenden Versprechungen ein. Hierbei wird denn besonders auf den christl. Metallarbeiterverband herabgeschimpft. Dabei waren es gerade unsere Mitglieder, die nicht darben, daß bei dem erfolgten Streik der Firma Seufing die Sache mit Mitgliederjag abgetan wurde. Hier mußte man zubeißen, konnte sich nicht zurückziehen. Unsere Zentrale sperrte den Betrieb, was wir vom sozial. Metallarbeiterverband nicht sagen können; der Sperrvermerk blieb nat. dem ersten male aus.

An all diesen Vorkommnissen aber sehen die Kollegen, daß es notwendig ist, solche Identitäten auch mal öffentlich auszusprechen. Man sieht ein, daß die christl. Gewerkschaften doch keine Streikbrecherorganisationen sind, wie es so oft den Arbeitern vorgelesen wird. Wir wollen dafür eintreten, daß auch den Kollegen in der hiesigen Metallindustrie die Rechte eingeräumt werden, welche notwendig sind, ein auskömmliches Leben zu führen. Mit den großen Schimpfereien auf die Unternehmer und deren Beamte, Werkmeister ist uns nicht geholfen, sondern wir jetzt müssen wir frei machen von dem bedrückenden Kocbe, daß „nur“ der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in der Lage ist, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. An Ihren Grübeln werdet ihr sie erkennen?

Darum, ihr christl. Metallarbeiter, die ihr noch ein Anrecht auf eure Ueberzeugung haben wollt, heraus aus einer solchen Gesellschaft, hinein in den christl. Metallarbeiterverband. Dort werden eure Interessen mit Nachdruck vertreten. J. S.

Leipzig. Die Kraft der Christlich-nationalen Arbeiterbewegung, so lautete das Thema, über das die Herren Generalsekretär der Christlich-sozialen Konferenz Lic. theol. W. Krumm-Berlin und Reichstagsabgeordneter Schiffer-Düsseldorf, erster Vorsitzender des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands in einer am 15. Mai im Saal der Sankt-Georg-Kirche, von der Leipziger Ortsgruppe der Christlich-sozialen Konferenz veranstalteten, öffentlichen Versammlung sprachen. Den Ausführungen der Redner

war in der Hauptfrage jorgendes zu entnehmen: Die letzten Reichstagswahlen hätten den Traum der Sozialdemokratie: auf sozialdemokratischer Grundlage eine neue Welt zu schaffen, zerstört. Der Gedanke, die Mehrheit im deutschen Reichstage zu erlangen, und damit eine neue Gesellschaft mit kommunistischen Produktionsmitteln zu gründen, sei in unabsehbarer Ferne gerückt. Das Festhalten der Sozialdemokratie am starren Marxismus sei der Hauptgrund für die Fahnenflucht eines großen Teiles der Arbeiter. Die Gewerkschaften verlangten reale Ergebnisse für ihre realen Steuern und der Revisionismus habe in diesen Kreisen bedeutende Fortschritte gemacht. Es habe sich immer unmöglicher erwiesen, daß der Weg der Sozialdemokratie auch der Weg der gesamten deutschen Arbeiterschaft sein könne. Bis heute folgen nur etwa ein Drittel der deutschen Arbeiter den sozialdemokratischen Forderungen. Ersreulicherweise sei es der Sozialdemokratie mit ihrer Unbulsamkeit und ihrem Terrorismus nicht gelungen, bei einem großen Teile der deutschen Arbeiterschaft den christlich-nationalen Gedanken auszurotten. Diese Arbeiter in Organisationen zusammenzufassen, sei vorzüglich gelungen. Den Bestrebungen der Sozialdemokratie gegenüber sei die Gründung christl.-nationaler Arbeiterorganisation eine zwingende Notwendigkeit gewesen. Seit den ersten vor zehn Jahren unternommenen Organisationsbestrebungen sei die Christlich-nationale Bewegung gewaltig gewachsen, denn heute schon gehörten ihren Organisationen weit über 300 000 Mitglieder an und ihre Stimme sei bei gewerkschaftlichen Kämpfen von großer Bedeutung. Sie verfolgten nicht Kämpfen, sondern wollten auf friedlichem Wege das Erreichbare zu erstreben suchen. Die Christlich-nationale Arbeiterbewegung sei in gewaltigem Aufblühen begriffen, und die Wichtigkeit dieser Bewegung werde auch von sozialdemokratischen Führern mehr und mehr anerkannt. Die Christlich-nationale Organisationen strebten einen gerechten Arbeitslohn, geregelte Arbeitszeit und Sonntagruhe und ein Familienleben auf christl. Grundlage an. Die Redner wurden von den, in geringer Zahl anwesenden Sozialdemokraten, häufig unterbrochen. Die Diskussion, über die im Allgemeinen sehr beifällig aufgenommenen Vorträge hatte noch verschiedene Zusammenstöße zwischen Anhängern der Christlichen und der freien Gewerkschaften zu verzeichnen.

Leichlingen. In unserer Mitgliederversammlung am 12. Mai mußten wir einen neuen Vorsitzenden wählen an Stelle unseres bisherigen Kollegen Bäcker, der als Beamter ins Saargebiet berufen wurde. Der zweite Vorsitzende Kollege Dieper dankte dem scheidenden Freund in einer kernigen Ansprache für seine hiesige unermüdete Arbeit im Namen aller Verbandskollegen und wünschte ihm alles Gute für sein neues Wirkungsfeld. Dann hielt Kollege Bäcker einen Rückblick über die Arbeit der letzten Jahre, die bringende Mahnung daran knüpfend, stets unverzagt und mit allen Kräften für unsere christliche Organisation weiter zu arbeiten. Vor allen Dingen müßten die Kollegen stets brüderlich zusammen arbeiten und alle Zwistigkeiten fernzuhalten suchen. Er hoffe, daß er später stets von dem weiteren Wachsen und Blühen der Zahlstelle Leichlingen hören könne, wie überhaupt vom weiteren Wachstum des Verbandes im Kreise Solingen. Dann richtete er noch einige Worte an die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner, die stets mit gutem Beispiel anzuerkand voraus gehen müßten. Aus der Wahl eines neuen ersten Vorsitzenden ging Kollege Döffer hervor. Nun Kollegen von Leichlingen, suchen wir jetzt die Voraussetzungen und Hoffnungen des Kollegen Bäcker zu rechtfertigen, indem wir unermüdet alle ohne Ausnahme am weiteren Ausbau unseres Verbandes mitarbeiten.

**Briefkasten.**

Nach Ballau und Witten. Versammlungsanzeigen zu spät eingetroffen. Montags abends 6 Uhr ist Schluß der Redaktion, was dann noch nicht hier ist, kann in der betr. Nr. keine Aufnahme mehr finden.

Kollege G. Angsburg. Besten Dank für Deine Zusendungen. Die Veröffentlichung des Artikels erübrigt sich jetzt. Ob man es nunmehr an verantwortlicher Stelle einsehen wird, über welche Leute man die schmerzenden Fittiche gehalten und damit die „Gelbsucht“ gefördert hat? Wohlhabe Nachrichten könnten Schadenstunde da über empfinden, trotzdem die Sache einen sehr ernsten Hintergrund hat.

Der diesmaligen Sendung der Organe liegt ein Flugblatt bei, welches sich besonders zur Verbreitung an evangelische Arbeiter eignet. Wo Bedarf vorhanden ist, wolle man Bestellungen mit Angabe der Zahl an die Zentrale gelangen lassen. Das Straßporto hat sich in letzter Zeit wieder bedenklich gemehrt. Die korrespondierenden Mitglieder werden dringend ersucht, alle Sendungen genügend zu frankieren.

**Sterbetafel.**

Dieberg. Am 20. Mai starb unser Mitglied Joseph Bonderwille an Lungenentzündung.  
 Cleve. Unser Kollege Wape starb am 12. Mai infolge eines Unglücks bei einer Bahnfahrt.  
 Hagen. Am 22. Mai starb unser Kollege Wilh. Duppe an Tuberkulose.  
 Grüne. Unser Kollege Heint. Schmidt starb am 23. Mai an den Folgen eines Unfalls.  
 Triberg. Am 23. Mai starb unser Kollege Alfred Sturm an Lungenschwindsucht im Alter von 17 Jahren.  
 Ehre ihrem Andenken!

**Versammlungs-Kalender.**

Nachen-Wurtscheid. Sonntag, den 2. Juni, nachmittags 1 1/2 Uhr, Versammlung bei Jünien, Dammstraße 17. Um 2 Uhr Abmarsch zum Ausflug und Wiesensest nach Sittfeld.  
 Dellbrück. Sonntag, den 9. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag beim Wirt Korfchilgen. Alle unbedingt erscheinen.  
 Dortmund (Kleingewerbe). Montag, den 3. Juni abends 8 1/2 Uhr bei Zimmermann, Lützgerstraße, Versammlung.  
 Duisburg 11. Sonntag, den 2. Juni, nachmittags 4 Uhr, Generalversammlung im Schäferhaus, Laar. Keiner darf fehlen.  
 Durlach. Samstag, den 1. Juni Mitgliederversammlung im Laubhof abends 9 Uhr.  
 Düren. Sonntag, den 2. Juni Mitgliederversammlung mit Vortrag des Bezirksleiters Kollege Wolff; beim Kollegen Koch, Mölsdorf. Es werden die Kollegen gebeten, der Wichtigkeit der Tagesordnung halber, zahlreich und pünktlich 1/2 11 Uhr zu erscheinen.  
 Essen-Alteendorf. Sonntag, den 2. Juni, morgens 11 Uhr, bei Wint, Altenortstraße.  
 Essen-Holtehausen. Sonntag, den 2. Juni, morgens 11 Uhr bei Hillewiege, Herberstraße.  
 Essen-Steele. Sonntag, den 2. Juni, morgens 11 Uhr, bei Homing, Schaafstraße.  
 Essen-Werge-Worbeck. Sonntag, den 2. Juni, morgens 11 Uhr bei Voortmann, Poststraße.  
 Essen-Werden. Samstag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, bei Schulz, Gde Markt- und Grafenstraße.  
 Essen (Kleingewerbe). Samstag, den 8. Juni, abends 1/2 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße 19.  
 Gelsenkirchen-Sülke. Samstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung mit einem wichtigen Vortrag bei Brox.  
 Gelsenkirchen. Jeden Donnerstag und Freitag abends ist unser Büro, Vereinsstraße 53 bis 10 Uhr abends geöffnet zum Abrechnen mit den Vertrauensleuten.  
 Verwaltungsstelle Hannover. Sonntag, den 2. Juni, nachm. 2 Uhr, im Vereinshaus, Kontorstraße 14 (ex. Saal) außerordentliche Generalversammlung der Sektionen Hannover u. Linden. Referent: Kollege Wollbaum-Vielefeld. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen pünktlich zu erscheinen.  
 Hamm (Norden). Samstag, den 9. Juni, vormittags 11 1/2 Uhr bei Wob Versammlung mit Vortrag.  
 Hamm (Ortsverwaltung). Sonntag, den 2. Juni, vorm. 11 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag bei Drees, Wilhelmstraße. Wichtiger Tagesordnung halber unbedingt erscheinen notwendig. Gildesheim. Die Adresse unseres neuen Vorsitzenden ist: Heinrich Rikardt, Burgstraße 10.  
 Krefeld. Sonntag, den 2. Juni, morgens 11 Uhr außerordentliche Versammlung in der Reichshalle. Referent Kollege Kretz-M. Gladbach.  
 Ludwigschafen a. Rh. Samstag, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Mehl, Koflachstraße 22, Versammlung mit Vortrag. Erscheint vollständig.  
 Wiesburg. Jeden zweiten Samstag im Monat Mitgliederversammlung. — Jeden ersten Samstag im Monat Vorstand- und Vertrauensmännerprüfung.  
 Wiesburg. Sonnabend, den 1. Juni, abends 8 Uhr, Vorstandprüfung. — Sonntag, den 2. Juni, abends 8 Uhr, bei Brück, Eulw, Meiersgarten, Mitgliederversammlung.  
 Wittenhausen i. G. Sonntag, den 2. Juni, vorm. 10 Uhr bei Fortner außerordentliche Mitgliederversammlung zur Bezirkskonferenz.  
 Celde. Sonnabend, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Witt Sommer. Vollständig erscheinen wegen wichtiger Tagesordnung.  
 Siegburg. Jeden 2. und 4. Samstag, im Monat, Versammlung um 11 Uhr im Dioriteil.  
 Schmeritz. Samstag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Kopp, Mitgliederversammlung und Vorstandswahl.  
 Schuheid. Sonnabend, den 1. Juni, abends 8 Uhr erste öffentliche Versammlung im Etablissement Waldbischhofen. Referent Kollege Purtsche-Rattowik. Alle Kollegen erscheinen.

**Neleterer Formner**

für dauernde, gut bezahlte Arbeit Nähe Köln sofort gesucht. Verheirateter bevorzugt. Umzug vergütet. Meldung Bezirksleiter Döring, Köln, Friesenwall 110.